



KfW – Bankgeschäfte ohne Verantwortung

Die versteckten negativen Auswirkungen der Geschäfte
der deutschen Entwicklungsbank





KfW – Bankgeschäfte ohne Verantwortung: Die versteckten negativen Auswirkungen der Geschäfte der deutschen Entwicklungsbank

**Coalition for Human Rights in Development
(September 2025)**

Dieser Bericht wurde von Dalile Antúnez, Collaborative Researcher bei der Coalition for Human Rights in Development, verfasst.

Im Bericht wurden unter anderem Beiträge verwendet von: Anne de Jonghe (Both ENDS), Roman Herre (FIAN Deutschland) und Sofia Larriera Santurio (Front Line Defenders).

Darüberhinaus würdigen wir die wertvollen Erkenntnisse von Menschenrechtsverteidigern und Menschenrechtsverteidigerinnen, die aus Sicherheitsgründen anonym bleiben wollen. Die in diesem Bericht geäußerten Ansichten sowie etwaige Fehler oder Auslassungen sind ausschließlich die der Autoren.

Dieser Bericht ist eine Initiative der Defenders in Development Campaign, die von der Coalition for Human Rights in Development (dt. Übers.: Koalition für Menschenrechte in der Entwicklungszusammenarbeit) ausgerichtet wird und sich für den Aufbau von Kapazitäten und kollektives Handeln einsetzt, um sicherzustellen, dass Gemeinschaften und marginalisierte Gruppen über die Informationen, Ressourcen, den Schutz und die Macht verfügen, um Entwicklungsaktivitäten zu gestalten, daran zu partizipieren oder sich dagegen zu wehren, und um Entwicklungsfinanzierer, Regierungen und Unternehmen zur Rechenschaft zu ziehen.

Weiterführende Informationen: rightsindevelopment.org/irresponsible-banking

contact@rightsindevelopment.org

Diese Publikation wird unter einer CC-BY-SA - Attribution-ShareAlike Creative Commons Lizenz veröffentlicht. Der Text darf für die Zwecke Interessenvertretung, Kampagnenarbeit, Bildung und Forschung kostenlos verwendet werden, sofern die Quelle vollständig angegeben wird. Der Lizenzinhaber bittet darum, dass jede derartige Verwendung zum Zwecke der Folgenabschätzung bei ihm registriert wird. Für eine Wiedergabe unter anderen Umständen, für die Wiederverwendung in anderen Veröffentlichungen und für die Übersetzung oder Anpassung muss eine Genehmigung eingeholt werden.

Design von Rebeca Villanueva (Brandital)

Endorsing Organizations



Akronyme

BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CSO	Zivilgesellschaftliche Organisation
DFI	Entwicklungsfinanzierungsinstitut, Entwicklungsbank
EDFI	Verband der Europäischen Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen
ESDD	Ökologische und soziale Sorgfaltsprüfung
ESIA	Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung
ESMP	Plan für Umwelt- und Sozialmanagement
FPIC	Freiwillige und in Kenntnis der Sachlage erteilte vorherige Zustimmung
HRD	Menschenrechtsverteidiger*innen
HRDD	Menschenrechtliche Sorgfaltspflicht
HRIA	Folgenabschätzung in Bezug auf die Menschenrechte
ICM	Unabhängiger Beschwerdemechanismus
IFC	International Finance Corporation (internationale Entwicklungsbank)
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
NGO	Nichtregierungsorganisation
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
SLAPPs	Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung
UN	Vereinte Nationen

Inhaltsverzeichnis

5	Akronyme
6	Glossar
7	Kurzfassung
8	Einleitung
11	Methodik
12	Analyse der Richtlinien
13	Menschenrechtsverpflichtungen der KfW
15	Zusammenfassung der Richtlinien der KfW in Bezug auf Umwelt- und Sozialaspekte
17	Hauptaspekte
19	Fallstudien
21	Indonesien: Erweiterung des Geothermiekraftwerks Ulumbu
29	Mexiko: Ammoniakanlage in Topolobampo
37	Tansania: Graphitmine Epanko in Mahenge
43	Empfehlungen
49	Anhang A (auf Englisch)
50	Analysis of KfW Group's policies
54	Analysis of KfW Development Bank's policies
57	Analysis of KfW IPEX-Bank's policies
60	Analysis of DEG's policies

Glossar

Entwicklungsfinanzierungsinstitut (DFI)

Entwicklungsfinanzierungsinstitute (DFI) sind nationale oder internationale Finanzinstitute, die Darlehen, Zuschüsse und andere Arten von finanzieller oder technischer Unterstützung für Projekte, Aktivitäten und politische Maßnahmen in der ganzen Welt bereitstellen. In diesem Bericht verwenden wir auch den Oberbegriff „Entwicklungsbanken“ oder kurz „Banken“.

Eine DFI, die sich im Besitz von zwei oder mehr Ländern befindet, wird allgemein als multilaterale Entwicklungsbank bezeichnet. DFI, die sich im Besitz nur eines Landes befinden, werden als „nationale“ Entwicklungsbanken bezeichnet, wenn sie ausschließlich in ihrem eigenen Land investieren, oder als „bilaterale“ Entwicklungsbanken, wenn sie außerhalb des Landes investieren, in dem sie ihren Sitz haben.

Ein Großteil der Mittel einer DFI stammt aus öffentlichen Steuergeldern, sie können sich jedoch auch auf andere Weise Mittel beschaffen, etwa durch die Erhebung von Zinsen auf ihre Darlehen. DFIs befinden sich im Besitz von Regierungen und werden von diesen verwaltet. Sie nehmen in der Regel Aufgaben von öffentlichem Interesse wahr, wie z. B. die Bekämpfung von Armut oder nachhaltige Entwicklung.

Weiterführende Informationen siehe „Demystifying development finance“ (Coalition for Human Rights in Development, September 2023):

<https://rightsindevelopment.org/pdbs>

Menschenrechtsverteidiger*innen

Die Erklärung zu den Menschenrechtsverteidigern, die 1998 von der UN-Generalversammlung verabschiedet wurde, definiert Menschenrechtsverteidiger als „Einzelpersonen oder Gruppen, die mit friedlichen Mitteln den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte und der grundlegenden

Freiheitsrechte fördern, schützen oder sich dafür einsetzen“. Siehe: <https://www.ohchr.org/en/issues/srhdefenders/pages/declaration.aspx>.

Sorgfaltspflicht für Menschenrechte (HRDD)

Für DFI ist die Sorgfaltspflicht für Menschenrechte (HRDD) ein kontinuierlicher Prozess, mit dem sichergestellt werden soll, dass sie die Menschenrechte respektieren, schützen und sich für deren Einhaltung einsetzen. Dies beinhaltet die Ermittlung von Risiken und Auswirkungen auf die Menschenrechte, die unmittelbar oder mittelbar mit ihren Aktivitäten verbunden sind, die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen, die Abmilderung negativer Auswirkungen auf die Menschenrechte und die Maximierung positiver Auswirkungen auf die Menschenrechte, wo dies möglich ist, und das Ablegen von Rechenschaft darüber, wie Menschenrechte beeinträchtigt werden, wie gegen diese Auswirkungen vorgegangen wird und wie etwaige negative Auswirkungen behoben werden.

Weiterführende Informationen siehe „Wearing blinders: How development banks are ignoring reprisal risks“ (Coalition for Human Rights in Development, Juni 2022): <https://rightsindevelopment.org/wearing-blinders/>

Vergeltungsmaßnahmen

In this report, the terms ‘retaliation’ and ‘reprisal’ will be used interchangeably to indicate any type of intimidation or attack against human rights defenders and community members who are targeted for expressing their opinion, raising concerns, criticizing or opposing a development project. Reprisals can include different types of targeted attacks, such as: defamation or stigmatization campaigns, harassment, intimidation, threats, arrests, detention, criminalization, SLAPPs, travel or work bans, extortion, unfair administrative measures, gender-based violence, attacks on livelihoods, attacks on properties, physical attacks, maltreatment, torture, kidnapping, enforced disappearance, and killings.

Kurzfassung

Der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die staatliche Förderbank der Bundesrepublik Deutschland, gelingt es nicht, Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, die sich aus ihrer Tätigkeit ergeben, obwohl sie behauptet, eine verantwortungsvoll handelnde Bank zu sein, die „die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lebensbedingungen in der ganzen Welt verbessert.“¹ Aufgrund schwacher Richtlinien und einer noch schwächeren Umsetzung derselben gelingt es der KfW nicht, Repressalien gegen diejenigen zu verhindern, zu bekämpfen und zu beheben, die ihre Stimme erheben oder Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen im Zusammenhang mit Projekten der KfW äußern.

Der Bericht „Irresponsible Banking - Bankgeschäfte ohne Verantwortung“ zeigt die eklatante Kluft auf zwischen den Menschenrechtsverpflichtungen der KfW und der Realität vor Ort.

Anhand von drei Fallstudien und einer detaillierten Analyse der Richtlinien der KfW wird in diesem Bericht gezeigt, dass es der Bank nicht gelingt, angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Menschen frei und sicher teilhaben, ihre Meinung äußern und sich gegen ihre Projekte wenden können.

Der erste Abschnitt dieses Berichts zeigt, dass die KfW zwar über Strategien, Leitlinien und Grundsätze für die Bewertung der sozialen und ökologischen Auswirkungen der von ihr finanzierten Projekte verfügt, diese jedoch zu weit gefasst und unzureichend sind. Die meisten davon werden durch allgemeine Verweise auf strengere Vorschriften und Standards von anderen Entwicklungsbanken oder internationalen Organisationen ergänzt. In keinem dieser Verweise wird jedoch angegeben, welche externen Standards zur Anwendung kommen, noch werden die entsprechenden internen Verfahren zur Gewährleistung der Einhaltung dieser Standards beschrieben.

¹ „KfW – Responsible banking“, KfW, <https://www.kfw.de/About-KfW>.



Protest in Poco Leok, Indonesien.

Im zweiten Teil des Berichts wird anhand von drei Fallstudien zu von der KfW finanzierten Projekten in Indonesien, Tansania und Mexiko aufgezeigt, wie das Fehlen angemessener Richtlinien und eine mangelhafte Umsetzung bestehender Richtlinien das Risiko von Repressalien gegen Menschenrechtsverteidiger und Menschenrechtsverteidigerinnen (HRD) erhöht. In all vorgestellten Fällen hätte sich durch eine angemessen umgesetzte HRDD (menschenrechtliche Sorgfaltsprüfung) seitens der Bank das Risiko von Repressalien erkennen und mindern lassen.

Abschließend enthält dieser Bericht eine Reihe von in Absprache mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und HRD entwickelten Empfehlungen zu verbesserten Richtlinien, praktischen Maßnahmen und Verfahren, welche die KfW Bankengruppe (einschließlich ihrer Tochtergesellschaften) umsetzen sollte, um Repressalien im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit zu verhindern, zu bekämpfen und zu beheben.

Einleitung

Über die KfW

Die 1948 gegründete Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ist im Besitz des Bundes und der Bundesländer. Sie ist eine der größten staatlichen Entwicklungsbanken der Welt, die sich im Besitz eines einzigen Landes befindet.

2024 hat die KfW Fördermittel in Höhe von knapp 113 Milliarden Euro vergeben. Zum Vergleich: Die Afrikanische Entwicklungsbank, die größte multilaterale Entwicklungsfinanzierungsinstitution für Investitionen auf dem afrikanischen Kontinent, hat 2023 Finanzierungen in Höhe von rund 10 Milliarden EUR zugesagt.

Die **KfW Bankengruppe** besteht aus drei Hauptgeschäftssparten: zwei sind innerhalb von Deutschland und Europa tätig, die KfW Entwicklungsbank außerhalb Europas.

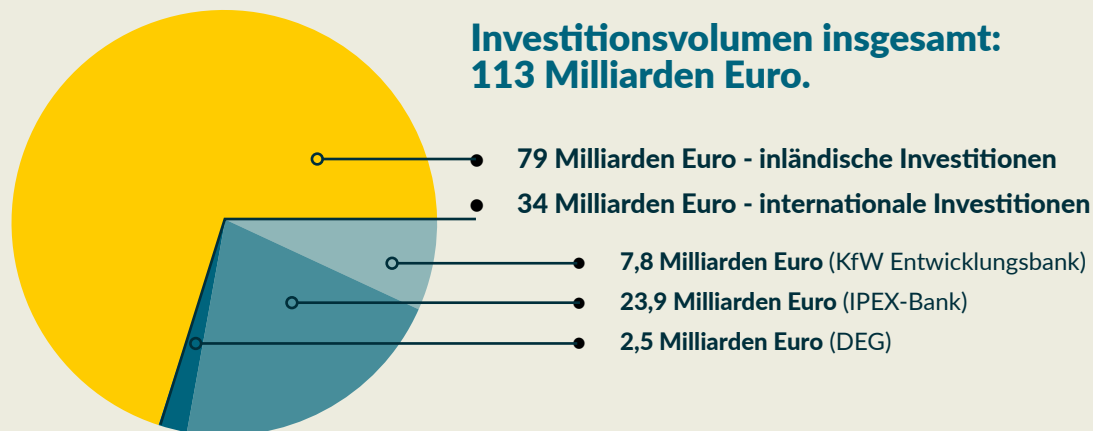
Die **KfW Entwicklungsbank** finanziert Investitionen und leistet Beratungsdienste im Ausland. Zu ihren Schwerpunkten gehören

soziale Entwicklung, Umwelt- und Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel und Erhalt der natürlichen Ressourcen.

Zur KfW Bankengruppe gehören zwei international tätige Tochtergesellschaften:

- 1. KfW IPEX-Bank:** Dies ist die größte Tochtergesellschaft der Gruppe, die für Export- und Projektfinanzierung zuständig ist. Ihre Aufgabe besteht in der Förderung der deutschen Exportwirtschaft.
- 2. Deutsche Investitionsgesellschaft (DEG):** Diese kleinere Tochtergesellschaft ist auf den privaten Sektor ausgerichtet. Die DEG arbeitet mit dem Ziel, „soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte sowie ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit zu fördern.“

Auf dem Papier behauptet die KfW, die Bank setze sich „für die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lebensbedingungen in der ganzen Welt ein.“²



² "KfW – Responsible banking," KfW, <https://www.kfw.de/About-KfW>.

Eine Analyse ihrer Politik und zahlreicher Beispiele - einschließlich der drei in diesem Bericht vorgestellten Fallstudien - zeigt jedoch, dass Deutschlands staatliche Förderbank dabei versagt, negative Auswirkungen auf die Umwelt, die sozialen und bürgerlichen Rechte der Gemeinschaften, denen ihre Tätigkeit eigentlich zugute kommen soll, zu verhindern oder dagegen vorzugehen.³

Die KfW kann insbesondere nicht gewährleisten, dass HDR und Mitglieder von Gemeinschaften Bedenken sicher vorbringen und für ihre Rechte eintreten können, da die Bank das Risiko von Repressalien nicht angemessen identifiziert und mindert.

Die KfW hat den gesetzlichen Auftrag, Umweltschutz, Entwicklungszusammenarbeit und andere Bereiche, die in nationalen Gesetzen oder politischen Richtlinien genannt werden, zu fördern - insbesondere durch Finanzierungsprogramme. Als Anstalt des öffentlichen Rechts ist sie an die deutschen Gesetze und Vorschriften gebunden, einschließlich ihrer extraterritorialen Verpflichtungen.

In diesem Sinne bekräftigt die Bank in ihren Richtlinien ein allgemeines Engagement für die Menschenrechte und verweist auf verschiedene Sozial- und Umweltstandards, die für ihre Tätigkeit gelten. Wie im Abschnitt zur Richtlinienanalyse

dargelegt, sind die Schutzmechanismen der KfW jedoch unbestimmt, schwach und unklar und bieten keinen angemessenen Schutz für die Rechte der betroffenen Gemeinschaften.⁴

Für diese Analyse befragte Quellen und Berichte anderer Menschenrechtsorganisationen weisen auf die negativen Auswirkungen von KfW-finanzierten Entwicklungsprojekten auf die Menschenrechte hin. Konkret gibt es zahlreiche Fälle von Drohungen und Angriffen auf HRD und Mitglieder von Gemeinschaften, die sich gegen von der KfW finanzierte Projekte aussprechen.

Repressalien stehen in engem Zusammenhang mit dem Recht auf Partizipation, der Einbeziehung von Interessengruppen und dem Zugang zu Informationen. Es besteht ein höheres Risiko für soziale Spannungen und Repressalien, wenn lokale Gemeinschaften nicht angemessen über ein Projekt informiert werden, wenn sie nicht sicher und sinnvoll partizipieren können, wenn ihre Bedenken ignoriert oder missachtet werden und wenn das Recht auf freiwillige und in Kenntnis der Sachlage erteilte vorherige Zustimmung (FPIC) der indigenen Gemeinschaften nicht respektiert wird.

Ein Klima der Angst hindert betroffene Gemeinschaften daran, sich zu äußern und an den Entscheidungsprozessen im Zusammenhang mit den von der Bank finanzierten Projekten teilzunehmen. Dies wiederum untergräbt die Ergebnisse der Projekte und behindert die Erreichung der angestrebten Entwicklungsziele. So könnte beispielsweise die

³ Siehe z.B.: "Financialization of development cooperation" in "The Routledge Handbook on Extraterritorial Human Rights Obligations," R. Herre and S. Backes, Dezember 2021, <https://www.taylorfrancis.com/chapters/oa-edit/10.4324/9781003090014-21/financialization-development-cooperation-roman-herre-stephan-backes>; "The Impact of International Financial Institutions on the Environment and Socio-Economics: The Cases from Armenia and the World," S. Manukyan, Juli 2022, <https://www.business-humanrights.org/en/latest-news/intl-financial-institutions-continue-investing-in-socially-and-environmentally-controversial-projects-says-new-research-incl-ifis-comments/>; "Environmental NGOs demand halt to KfW controversial biomass investments in Serbia," CEE Bankwatch Network, Juli 2024, https://bankwatch.org/press_release/environmental-ngos-demands-kfw-to-halt-investments-into-controversial-biomass-projects-in-serbia/; "Uncalculated Risks: Threats and attacks against human rights defenders and the role of development banks," Coalition for Human Rights in Development, Mai 2019, <https://rightsindevelopment.org/uncalculatedrisks/>; and "From abuse to power ending fortress conservation in the Democratic Republic of Congo," Oakland Institute, August 2024, <https://www.oaklandinstitute.org/sites/oaklandinstitute.org/files/from-abuse-to-power.pdf>.

⁴ "Policy statement of KfW and its subsidiaries' on human rights and on its human rights strategy," (hereinafter, KfW human rights policy), KfW, April 2023, <https://www.kfw.de/nachhaltigkeit/Dokumente/Sonstiges/KfW-Group%27s-Human-Rights-Policy-Statement.pdf>



Aquí No Collective (Mexiko).

Angst vor Vergeltungsmaßnahmen HDR davon abhalten, Korruptionsvorwürfe oder schädliche Umweltauswirkungen zu melden, was sich unmittelbar auf die Maßnahmen der Bank auswirken würde.

Die Fallstudien und die Analyse der Richtlinien der KfW hinsichtlich Umwelt und Sozialaspekten deuten auf tiefgreifende und systemische Mängel bei der Wahrnehmung der Sorgfaltspflicht für Menschenrechte durch die Bank hin. Aufgrund dieser Versäumnisse gelingt es der KfW nicht, negative Auswirkungen auf die Menschenrechte, einschließlich Repressalien, zu verhindern und zu beheben. Um diese Lücke zu schließen, sollte die KfW eine umfassende menschenrechtliche

Sorgfaltsprüfung durchführen, einschließlich der Bewertung des Risikos von Vergeltungsmaßnahmen, und sinnvolle Konsultationen durchführen sowie sicherstellen, dass die Auseinandersetzung mit betroffenen Gemeinschaften in einer Repressalien freien Form erfolgt.

Wir hoffen, dass dieser Bericht die Bank zu Überlegungen darüber anregt, wie sie ihr Engagement für die Zivilgesellschaft und die betroffenen Gemeinschaften in den Ländern, in denen sie investiert, verstärken kann, um Repressalien vorzubeugen, ihre Menschenrechtsverpflichtungen einzuhalten und ihre Entwicklungsziele zu erreichen.



Methodik

In diesem Bericht wird anhand von drei Fallstudien und einer Überprüfung der relevanten Richtlinien analysiert, wie es der KfW Bankengruppe nicht gelingt, das Risiko von Repressalien gegen Personen, die sich gegen die von der Bank finanzierten internationalen Projekte aussprechen oder Bedenken äußern, zu mindern und zu bekämpfen.

Der Abschnitt zu den Richtlinien befasst sich mit den Grundsätzen der KfW Bankengruppe zu Umwelt-, Sozial- und Nachhaltigkeitsaspekten (einschließlich der spezifischen Richtlinien der KfW Entwicklungsbank, der KfW IPEX-Bank und der DEG), wobei ein besonderer Schwerpunkt auf die Kernfragen gelegt wird, die sich aus den Fallstudien ergeben. Die Richtlinien werden analysiert auf: Repressalien, Bewertungen von sozialen und ökologischen Auswirkungen, Partizipation und Einbeziehung von Interessengruppen, FPIC durch indigene Völker, Offenlegung von Informationen und Beschwerdemechanismen.

Bei den Fallstudien (Indonesien, Tansania und Mexiko) handelt es sich nicht um eine repräsentative Stichprobe, sondern um beispielhafte Fälle, die auf

Grundlage verschiedener Kriterien (geografische und sektorale Vielfalt, Verfügbarkeit von Informationen, Art des Kunden usw.) ausgewählt wurden. Die Fälle betreffen verschiedene Sektoren (geothermische Anlage in Indonesien, Ammoniakanlage in Mexiko und Bergbau in Tansania). In einem Fall (Indonesien) ging der Kredit an eine Aktiengesellschaft, in den beiden anderen Fällen waren die Kreditnehmer Privatfirmen. Insbesondere der Fall Tansania zeigt die mangelnde Transparenz der KfW, da es keine öffentlich zugänglichen Informationen über die Beteiligung der KfW gibt und ein Vertreter der Bank abgelehnt hat, sich zum aktuellen Stand des Projekts zu äußern.

Die Recherche zu den Fallstudien stützt sich auf: Presseartikel, Berichte und Erklärungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen (CSO) und Regierungsstellen, Projektunterlagen (sofern öffentlich zugänglich), sowie Telefon- oder Online-Interviews mit neun HDR, welche die betroffenen Gemeinschaften eng begleiten oder den Kampf gegen die Projekte anführen. Aus Sicherheitsgründen wollen alle Befragten anonym zu bleiben.

Analyse der Richtlinien



Analyse der Richtlinien

Unser Review zeigt auf, dass die KfW trotz starker Verpflichtungen nach internationalem Recht noch keine robusten internen Richtlinien und Praktiken entwickelt hat, die dem Umfang ihrer Verpflichtungen und ihrer Tätigkeit entsprechen.

Im folgenden Abschnitt stellen wir zunächst die wichtigsten Menschenrechtsverpflichtungen nach internationalem Recht und internationalen Standards vor. Anschließend geben wir einen kurzen Überblick über wesentliche Aspekte der Richtlinien der KfW Bankengruppe in Bezug auf Umwelt- und Sozialaspekte (weitere Einzelheiten siehe Anhang A). Abschließend legen wir die wichtigsten Bedenken hinsichtlich der Lücken und Versäumnisse in den Richtlinien der KfW dar, insbesondere in Bezug auf Repressalien.

Menschenrechtsverpflichtungen der KfW

Als Anstalt des öffentlichen Rechts ist die KfW an die Gesetze und Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland sowie an die von Deutschland ratifizierten internationalen Gesetze und Übereinkommen gebunden.⁵ Da sich die KfW zu 100 % im Besitz des deutschen Staates befindet, gelten extraterritoriale Menschenrechtsverpflichtungen der Bundesrepublik auch für die Geschäfte der Bank.

Nach internationalem Recht muss die KfW im Rahmen ihrer internationalen Investitionen das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, das Recht auf friedliche Versammlung, die Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Zugang zu Informationen und das Recht der indigenen Völker auf FPIC respektieren. Die KfW ist darüber hinaus von Rechts wegen verpflichtet, Repressalien gegen

HDR im Rahmen ihrer Tätigkeit zu verhindern, zu bekämpfen und zu beheben.⁶

Diese Verpflichtungen ergeben sich aus internationalen Übereinkommen und Verträgen, darunter den folgenden: *Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte; Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte Europäische Menschenrechtskonvention, Ramsar-Übereinkommen über Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung; Übereinkommen über die biologische Vielfalt, Aarhus-Konvention, Erklärung zu den Menschenrechtsverteidigern.*⁷

Der Ausschuss der Vereinten Nationen (UN) für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (CESCR) - ein aus 18 unabhängigen Experten

⁵ "Law Concerning Kreditanstalt für Wiederaufbau," KfW, November 1948 (zuletzt geändert im Juni 2020), <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/KfW-Gesetz/KfW-Gesetz-DE-EN.pdf>

⁶ Insbesondere muss Deutschland gemäß der *Erklärung zu den Menschenrechtsverteidigern* „alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die sozialen, wirtschaftlichen, politischen und sonstigen Bedingungen sowie die rechtlichen Garantien zu schaffen, die erforderlich sind, um sicherzustellen, daß alle seiner Hoheitsgewalt unterstehenden Personen einzeln wie auch in Gemeinschaft mit anderen alle diese Rechte und Freiheiten in der Praxis genießen können.“

Siehe: Erklärung zu den Menschenrechtsverteidigern, UN, 1998, <https://www.ohchr.org/en/issues/srhdefenders/pages/declaration.aspx>.

Darüber hinaus müssen die Vertragsparteien gemäß dem *Übereinkommen der UNECE über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Aarhus-Konvention)* sicherstellen, dass „Personen, die in Umweltangelegenheiten ihr Recht auf Beteiligung, auf Zugang zu Informationen und auf Zugang zu Gerichten in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen wahrnehmen, wegen ihrer Partizipation weder bestraft, verfolgt noch in irgendeiner Weise Repressalien ausgesetzt werden.“

Siehe: Aarhus-Konvention, UN-Wirtschaftskommission für Europa, 1998, <https://unece.org/DAM/env/pp/documents/cep43e.pdf>.

⁷ Siehe z.B.: "UN Treaty Body Database," UN, https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/TreatyBodyExternal/Countries.aspx.



bestehendes Gremium, das die Umsetzung des *Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)* überwacht - hat wiederholt die extraterritorialen Verpflichtungen der Staaten im Zusammenhang mit ihren geschäftlichen Aktivitäten bekräftigt. Staaten sind verpflichtet, Maßnahmen zur Verhinderung von und Abhilfe bei Rechtsverletzungen zu ergreifen, die außerhalb ihres Hoheitsgebiets begangen werden, wenn sie mit den Aktivitäten von Unternehmen in Zusammenhang stehen, über die der Staat Kontrolle ausüben kann.⁸

Der UN-CESCR und andere Sonderverfahren des UN-Menschenrechtsrats haben darüber hinaus die Menschenrechtsverpflichtungen von DFI ausdrücklich bestätigt und darauf hingewiesen, dass diese den Menschenrechtsschutz in ihre Richtlinien aufnehmen müssen.⁹ In seinen jüngsten abschließenden Bemerkungen zu Deutschland empfahl der CESCR dem „Vertragsstaat, einen Rechtsrahmen zu schaffen, der sicherstellt, dass alle Unternehmen, die in dem Vertragsstaat ansässig sind oder seiner Rechtsprechung unterliegen, Menschenrechtsverletzungen bei ihren Tätigkeiten nicht

nur in Deutschland, sondern auch im Ausland erkennen, verhindern und angehen, und dass solche Unternehmen für Verstöße haftbar gemacht werden können.“¹⁰

In den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte heißt es in demselben Sinne: „Staaten sollten klar die Erwartung zum Ausdruck bringen, dass alle in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen und/oder ihrer Jurisdiktion unterstehenden Wirtschaftsunternehmen bei ihrer gesamten Geschäftstätigkeit die Menschenrechte achten.“¹¹ Darüber hinaus heißt es dort, dass die Staaten zusätzliche Maßnahmen zum Schutz vor Menschenrechtsverletzungen durch Wirtschaftsunternehmen ergreifen sollten, die sich in staatlichem Eigentum befinden oder unter staatlicher Kontrolle stehen oder von staatlichen Stellen wie Exportkreditagenturen und öffentlichen Investitionsversicherungs- oder Garantieagenturen erhebliche Unterstützung und Dienstleistungen erhalten, unter anderem, indem sie ihnen gegebenenfalls die Wahrnehmung der Sorgfaltspflicht in Bezug auf die Menschenrechte zur Auflage machen.¹²

2023 wurde in Deutschland ein Gesetz zur Sorgfaltspflicht von Unternehmen in Bezug auf die Menschenrechte verabschiedet, das auch für die KfW Bankengruppe gilt.¹³ Nach dem *Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten* sind Unternehmen verpflichtet, Menschenrechts- und Umweltrisiken in ihren eigenen Betrieben und denen ihrer direkten Zulieferer zu ermitteln und geeignete Präventivmaßnahmen zu ergreifen. Das Gesetz schreibt ferner vor, dass ein Unternehmen, das auf Menschenrechtsverletzungen oder Umweltrisiken aufmerksam gemacht wird, geeignete Maßnahmen ergreifen muss, um die möglichen Auswirkungen zu verhindern, zu beenden oder zu minimieren.

⁸ "General comment No. 24 on State obligations under the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights in the context of business activities," E/C.12/GC/24, UN CESCR, 2017, <https://www.ohchr.org/en/documents/general-comments-and-recommendations/general-comment-no-24-2017-state-obligations-context>.

⁹ Siehe z.B.: "Financialization of development cooperation" in "The Routledge Handbook on Extraterritorial Human Rights Obligations," R. Herre and S. Backes, Dezember 2021, <https://www.taylorfrancis.com/chapters/oa-edit/10.4324/9781003090014-21/financialization-development-cooperation-roman-herre-stephan-backes>.

¹⁰ "Concluding observations on the sixth periodic report of Germany," UN CESCR, November 2018, Absatz 8, <https://docs.un.org/en/E/C.12/DEU/CO/6>.

¹¹ "Guiding Principles on Business and Human Rights Principle," (hereinafter, UNGP), UN, 2011, Grundsatz 2, https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/publications/guidingprinciplesbusinesshr_en.pdf.

¹² UNGP, principle 4.

¹³ "German Act on Corporate Due Diligence Obligations in Supply Chains," BMZ, Januar 2023, <https://www.bmz.de/resource/blob/154774/lieferkettengesetz-faktenpapier-partnerlaender-eng-bf.pdf>.

Zusammenfassung der Richtlinien der KfW in Bezug auf Umwelt- und Sozialaspekte

Die folgende Tabelle fasst die wesentlichen Aspekte der KfW-Richtlinien zusammen, sowohl für die KfW Bankengruppe als Ganzes als auch für die international tätigen Einheiten bzw. Tochtergesellschaften (KfW Entwicklungsbank, IPEX-Bank, DEG).

Diese Tabelle spiegelt nicht die Fähigkeit der KfW wider, die in ihren Richtlinien übernommenen

Verpflichtungen zu erfüllen. Wie die folgenden Fallstudien zeigen, haben die Mitglieder der KfW Bankengruppe dies wiederholt versäumt. Weitere Einzelheiten zu den spezifischen Richtlinien der KfW Bankengruppe, einschließlich derjenigen seiner Abteilungen und Tochtergesellschaften, sind in Anhang A aufgeführt.

	KfW Bankengruppe <small>(* gilt für KfW Entwicklungsbank, IPEX-Bank und DEG)</small>	KfW Entwicklungsbank	IPEX-Bank	DEG
Repressalien	Die KfW Bankengruppe verfügt über keine spezifischen Richtlinien oder Grundsatzserklärungen zum Thema Repressalien. Es bleibt unklar, inwieweit ihre Bezugnahme auf die Richtlinien der Weltbank und die Standards der International Finance Corporation (IFC) auch die Anwendung von deren Standards hinsichtlich Repressalien umfasst.			
Menschenrechte	<ul style="list-style-type: none"> Die Bank schützt und achtet die internationalen Menschenrechte in ihrem Einflussbereich und setzt geeignete Verfahren ein, um die Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen für sich auszuschließen. Sie hat den Anspruch, die Umsetzung internationaler Menschenrechte aktiv zu unterstützen. Sie trägt zur Verwirklichung der Menschenrechte bei und nutzt ihre Einflussmöglichkeiten, um menschenrechtliches Bewusstsein zu stärken und durch ihr eigenes Handeln ein gutes Beispiel zu setzen. 	<ul style="list-style-type: none"> Sie fördert bei ihrer Geschäftstätigkeit die Umsetzung der Menschenrechte. Sie muss Menschenrechtsrisiken entsprechend des Leitfadens des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bewerten. Sie verlangt eine detaillierte HRIA (Folgenabschätzung in Bezug auf die Menschenrechte) im Falle kritischer Risiken/Verletzungen der Menschenrechte. 	<ul style="list-style-type: none"> Sie verpflichtet sich zu Schutz und Einhaltung der internationalen Menschenrechte, in Übereinstimmung mit der Menschenrechtserklärung der KfW Bankengruppe und internationalen Standards wie den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. 	<ul style="list-style-type: none"> Keine spezifischen Verpflichtungen, aber Verweis auf EDFI und andere internationale Standards.
Partizipation, Einbeziehung von Interessengruppen und FPIC	<ul style="list-style-type: none"> Die Bank erkennt die Notwendigkeit an, „die Perspektive der betroffenen Parteien“ zu berücksichtigen, um Umwelt- und Sozialrisiken zu mindern. Verweist auf internationale Standards, die das Recht auf Partizipation garantieren. Kein ausdrücklicher Verweis auf Einbeziehung von Akteuren, Partizipation oder FPIC. 	<ul style="list-style-type: none"> Es wird ausdrücklich verlangt, betroffene Personen einzubeziehen, und umfasst die öffentliche Bekanntmachung als Teil der ESDD, die vom „Projektträger“ - d.h. dem Kunden - durchzuführen ist. 	<ul style="list-style-type: none"> Die Einbeziehung von Interessengruppen als Teil des ESMS des Kunden wird vom Kunden selbst durchgeführt, der auch für die Offenlegung der Ergebnisse verantwortlich sein sollte. Im Falle von Risiken für indigene Völker ist eine FPIC erforderlich. 	<ul style="list-style-type: none"> Die DEG erwartet von den Projektpartnern, dass sie die betroffene Bevölkerung angemessen informieren und konsultieren, aber es gibt keine spezifischen Hinweise auf indigene Völker und ihr Recht auf eine FPIC.

	KfW Group <i>(* applying to KfW Development Bank, IPEX-Bank and DEG)</i>	KfW Development Bank	IPEX-Bank	DEG
Umwelt- und Sozialstandards	<ul style="list-style-type: none"> • Projekte sind einer Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung (ESIA) zu unterziehen, und zwar „in Übereinstimmung mit internationalen Standards“. • Sie verpflichtet sich zur Förderung der Menschenrechte als festen Bestandteil ihrer „Geschäftsprozesse, Management-Praxis und strategischen Entscheidungsfindung.“ • Sie „berücksichtigt“ die einschlägigen Standards von OECD, IFC, Weltbank und der Europäischen Entwicklungsförderungsinstitutionen (EDFI) sowie die Äquator-Prinzipien. • Sie verwendet eine Ausschlussliste für Hochrisikosektoren. • Sie erkennt den Schutz der Menschenrechte als integralen Bestandteil von ESIA an. • Sie erkennt die Notwendigkeit an, vulnerablen und benachteiligten Gruppen darunter auch indigene Gemeinschaften, besondere Aufmerksamkeit zu widmen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Je nach Risikostufe sind unterschiedliche Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen erforderlich (in Einklang mit den nationalen Gesetzen und den Standards der Weltbankgruppe). • Alle Projekte mit mittlerem bis hohem Risiko erfordern eine eingehende ökologische und soziale Sorgfaltsprüfung (ESDD). • Es gibt spezifische Pläne für den Fall, dass ein Projekt zu einem erheblichen Verlust von Existenzgrundlagen oder unfreiwilligen Umsiedlungen führt. • Wenn sich Risiken nicht auf ein „akzeptables“ Niveau reduzieren lassen, kommt das betreffende Projekt nicht für eine Finanzierung in Frage. 	<ul style="list-style-type: none"> • Für bestimmte Projekte werden die Äquator-Prinzipien, die Umwelt- und Sozialrichtlinien der Common Approaches der OECD und die Performance Standards der IFC als verbindlicher Rahmen berücksichtigt. • Risikoklassifizierung und -bewertung basieren größtenteils auf Informationen, die der Kunde zur Verfügung stellt, da sie sich auf das Umwelt- und Sozialmanagementsystem der Bank stützen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Sie folgt internationalen Standards und verwendet die EDFI-Standards als Maßstab, aber es gibt keine spezifischen Anforderungen oder Kriterien für die Risikoklassifizierung.
Transparenz	<ul style="list-style-type: none"> • Stellt „größtmögliche Transparenz“ über ihre Arbeitsberichte bereit. • Berichtet regelmäßig „über die Auswirkungen [ihrer] Aktivitäten auf die Menschenrechte und die Umsetzung dieser Erklärung in transparenter und verständlicher Weise.“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Es gibt ein Transparenzportal, aber die Informationen sind spärlich und nur auf Deutsch verfügbar. • Der Projektträger sollte für die Veröffentlichung der Projektdokumente zuständig sein, aber es fehlen klare Vorgaben. 	<ul style="list-style-type: none"> • Der Kunde ist für die Veröffentlichung von Projektinformationen verantwortlich, und ohne seine Zustimmung dürfen keine Informationen weitergegeben werden. • Bei Projekten mit höherem Risiko müssen Kunden die Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstudie veröffentlichen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Die DEG hat eine Offenlegungspolitik und veröffentlicht grundlegende Daten über Projekte. Außerdem veröffentlicht sie jährlich einen Bericht über die Ergebnisse ihrer Arbeit und eine Bewertung der Einhaltung der einschlägigen ökologischen und sozialen Leitlinien.
Rechenschaftspflicht	<ul style="list-style-type: none"> • Jeder, der sich beeinträchtigt fühlt, kann eine Beschwerde einreichen. • Der Beschwerdemechanismus wurde „in Übereinstimmung mit internationalen Menschenrechtsstandards und den Anforderungen des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz“ konzipiert. 	<ul style="list-style-type: none"> • Es gibt keinen unabhängigen Mechanismus, aber Beschwerden / Bedenken können (unter Verwendung eines nur auf Englisch und Deutsch verfügbaren Formulars) an den Mechanismus der KfW Bankengruppe gemeldet werden. 	<ul style="list-style-type: none"> • In der Richtlinie werden lediglich Beschwerdemechanismen auf Projektebene erwähnt. Beschwerden können auch der zentralen Evidenzstelle der KfW gemeldet werden. 	<ul style="list-style-type: none"> • Die DEG verfügt über ein unabhängiges Beschwerdeverfahren (ICM), das sie gemeinsam mit Proparco und FMO nutzt.

Hauptaspekte

Die KfW verfügt zwar über Strategien, Leitlinien und Grundsätze für die Bewertung der sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer Projekte, diese sind allerdings insgesamt recht vage. Aufgrund eines systematischen Mangels an Transparenz lässt sich zudem nicht feststellen, ob die Schutzmaßnahmen geeignet sind, negative Auswirkungen auf die Menschenrechte (einschließlich Repressalien) zu verhindern und zu bekämpfen.

Die Analyse der Richtlinien der KfW wirft insbesondere folgende Fragen auf:

- **Die Schutzmechanismen der KfW sind sehr allgemein, unklar, unverbindlich und lässt Spielraum für die Auslegung.**
- Sie werden ergänzt durch Verweise auf strengere Vorschriften und Standards, die von anderen Banken und Organisationen entwickelt wurden. Die Bank weist darauf hin, dass sie über einen internen Mechanismus verfügt, mit dem sie festlegen kann, welche Standards zur Anwendung kommen. Die von den Projekten betroffenen Gemeinschaften werden jedoch im Unklaren gelassen, da es für einen Außenstehenden schwierig ist, herauszufinden, welche Standards für welche Aktivitäten der verschiedenen Tochtergesellschaften der KfW Bankengruppe gelten und welche internen Prozesse dafür relevant sind. So heißt es beispielsweise in den IPEX-Bank-Garantien, dass „auch aus dem Umweltrecht der Europäischen Union abgeleitete Standards angewandt werden dürfen.“¹⁴ Wann dies der Fall ist, wird nicht erläutert, auch nicht auf der Projektseite.
- Es gibt weder spezifische Richtlinien noch Erklärungen zu **Repressalien**. Es bleibt unklar, inwieweit ihre Bezugnahme auf die Richtlinien der Weltbank und die Standards der IFC auch die Anwendung deren Standards hinsichtlich Repressalien umfasst.
- Die KfW Bankengruppe als Ganzes verfügt über keinen externen **unabhängigen Beschwerdemechanismus** - nur über ein internes Verfahren, das keine Bestimmungen zur Gewährleistung der Unabhängigkeit enthält. Nur die DEG verfügt über einen Beschwerdemechanismus, der ein gewisses Maß an Unabhängigkeit bietet,¹⁵ und zwar den Independent Complaints Mechanism (ICM), ein Beschwerdeverfahren, das gemeinsam mit mit FMO und Proparco genutzt wird.
- Die Suche auf den Websites der Bank macht einen **Mangel an umfassenden und relevanten**

¹⁴ "Sustainability Guideline of KfW IPEX-Bank," KfW IPEX-Bank, Section 3.4.1, https://www.kfw-ipex-bank.de/pdf/About-KfW-IPEX-Bank/Social-responsibility/Environmental-and-social-sustainability/2020_10-Nachhaltigkeitsrichtlinie-KfW-IPEX-Bank-2020.pdf.

¹⁵ Accountability Counsel und mehrere andere zivilgesellschaftliche Organisationen haben Bedenken hinsichtlich des Grads an Unabhängigkeit des ICM von der Geschäftsführung geäußert. Siehe: "CSOs Call for the Defense of the Independence of IFI Accountability Mechanisms", Accountability Counsel, Oktober 2023, <https://www.accountabilitycounsel.org/2023/10/csos-call-for-the-defense-of-the-independence-of-ifi-accountability-mechanisms/>.

Informationen über die Projekte deutlich, bestimmte Arten von Projektunterlagen, die von großen multilateralen Banken regelmäßig veröffentlicht werden, fehlen unter den Veröffentlichungen der KfW Entwicklungsbank und ihrer Tochtergesellschaften. Die Transparenzverpflichtungen der KfW sind vage und weit gefasst, und es fehlen Angaben dazu, welche Art von Informationen und Dokumenten offengelegt werden müssen (z. B. Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfungen, Konsultationsergebnisse, Projektprüfungsunterlagen usw.). Die offengelegten Informationen sind nicht in den Landessprachen verfügbar und daher nicht ausreichend, um einen angemessenen Zugang zu Informationen über die Projektauswirkungen zu gewährleisten. Die Transparenzrichtlinie der IPEX-Bank entspricht weder nationalen noch internationalen Standards in Bezug auf das Recht auf Zugang zu öffentlichen Informationen, die sich im Besitz öffentlicher Einrichtungen befinden, da sie für die Offenlegung projektbezogener Informationen die Zustimmung des Kunden erfordert.

- Die Umwelt- und Sozialgarantien der KfW **stützen sich** bei der Bestimmung von Umwelt- und Sozialrisiken **zu sehr auf den Kunden**, was es der Bank ermöglicht, sich der Verantwortung für Schäden zu entziehen, die im Zusammenhang mit ihren Projekten entstehen. Die Tatsache, dass sich die KfW auf die Risikobewertungen ihrer Kunden verlässt, ist im Falle von Repressalien besonders bedenklich, da diese in der Regel vom Kunden selbst oder von Dritten, die mit dem Kunden verbunden sind und in seinem Namen handeln, durchgeführt werden.¹⁶

¹⁶ Siehe z.B.: "Misplaced Trust: Why development banks should not rely on their clients to address reprisal risks," *Coalition for Human Rights in Development*, Juli 2023, <https://rightsindevelopment.org/misplaced-trust/>.



Bildnachweis: Marcos Vizcarra

Fallstudien

In diesem Abschnitt werden drei von der KfW geförderte Projekte in Indonesien, Mexiko und Tansania vorgestellt. Dabei wird auf die Bedrohungen und Angriffe eingegangen, denen HDR und Mitglieder der Gemeinschaft ausgesetzt waren, die Bedenken äußerten oder Widerstand gegen die Projekte leisteten. Diese Vergeltungsmaßnahmen stellen eine Nichteinhaltung der Umwelt- und Sozialstandards der KfW dar, da sie die Öffentlichkeitsbeteiligung und das Recht auf FPIC einschränken, da in allen drei Fällen indigene Völker betroffen sind.

Diese Fallstudien zeigen, wie Lücken in den Richtlinien und bei deren Umsetzung Gemeinschaften, die von KfW-geförderten Projekten betroffen sind, tatsächlich Schaden zufügen. Die Fälle machen insbesondere strukturelle Mängel in der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht der Bank deutlich und zeigen, wie die KfW versäumt, Repressalien zu erkennen und abzumildern. Sie machen auch andere Mängel deutlich, die zu einem erhöhten Risiko von Repressalien führen, wie z. B. mangelnde Transparenz, unzureichende Konsultationen mit den betroffenen Gemeinschaften und die Verletzung ihres Rechts auf FPIC.



Indonesien:
Erweiterung des Geo-
thermiekraftwerks
Ulumbu



Mexiko:
Ammoniakanlage in
Topolobampo



Tansania:
Graphitmine Epanko
in Mahenge

Indonesien:

Erweiterung des Geothermiekraftwerks Ulumbu

Projekttyp: Geothermiekraftwerk

Finanzierung: Kredit in Höhe von 150 Millionen Euro (2018)

Kunde: PLN (Gesellschaft mit beschränkter Haftung)

Repressalien:

- Kriminalisierung
- Physische Gewalt
- Unterdrückung von Protesten
- Geschlechtsspezifische Belästigung

● Oktober 2018

KfW unterzeichnet einen Kreditvertrag zur Finanzierung der Erweiterung des Geothermiekraftwerks Ulumbu

● Juni 2023

Mitglieder der Gemeinschaft werden angegriffen und geschlagen, weil sie sich der Besetzung ihres Landes widersetzen

● September 2023

17 Mitglieder der Gemeinschaft werden wegen erfundener Straftaten angeklagt

● November 2023

Die Polizei schlägt auf protestierende Dorfbewohner ein

● Oktober 2024

Sicherheitskräfte dringen mit physischer und psychischer Gewalt in das Gebiet ein

● November 2024

Ein unabhängiges Gutachten, das von der KfW als Reaktion auf die Beschwerde einer Gemeinschaft in Auftrag gegeben wurde, bestätigt, dass die FPIC-Standards nicht eingehalten wurden



Protest in Poco Leok, Indonesien.

Einleitung

Auf der indonesischen Insel Flores kämpfen die indigenen Gemeinschaften von Poco Leok seit 2021 gegen die Erweiterung des Geothermiekraftwerks Ulumbu, weil es schädliche ökologische und soziale Auswirkungen hat.

Die 2013 gestartete erste Phase des Projekts führte bereits zu schwerwiegenden Umweltauswirkungen, zur Vertreibung von Gemeinschaften und zur Gefährdung von Lebensgrundlagen, Kultur und traditionellen Lebensweisen. Die Erweiterung, von der rund 2000 Menschen aus 14 indigenen Gemeinschaften betroffen sein werden, droht die ohnehin schon schwierige Situation weiter zu verschlechtern.¹⁷

Dennoch hat die KfW im Oktober 2018 dem staatlichen Energieversorger PLN Limited Liability Company einen Kredit für die Erweiterung des

Geothermiekraftwerks (Ulumbu 5 und 6) bewilligt, mit der dessen Kapazität von 10 auf 40 MW erhöht werden soll.¹⁸

Indonesien, das über eines der größten geothermischen Energievorkommen der Welt verfügt, präsentiert dieses Projekt als nachhaltige Lösung zur Unterstützung der gerechten Energiewende und zur Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen.¹⁹

Versäumnisse bei der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht, wie mangelhafte Konsultationen und fehlende FPIC-Protokolle für indigene Gemeinschaften, führten jedoch zur Eskalation von sozialen Spannungen und Repressalien, wobei die Projektgegner Schikanen, körperlichen Angriffen und Kriminalisierung ausgesetzt waren.²⁰

¹⁷ Siehe z.B.: "Incompatibility of National Law and Traditional Law in Geothermal Energy Exploration in Manggarai, East Nusa Tenggara," (hereinafter "Incompatibility of National Law and Traditional Law"), K.N. Arifah and others, Februar 2024, <https://www.atlantispress.com/article/125998644.pdf>; "Rejection of Poco Leok Residents and Target 'Net Zero Emissions,'" Kompas.id, Marsch 30, 2024, <https://www.kompas.id/baca/english/2024/03/30/en-penolakan-warga-poco-leok-dan-target-net-zero-emissions>; and "Dilemma of Geothermal Development in Flores Manggarai: Blessing or Curse?," S. Jemadin, Jurnal Ilmu Sosial Politik dan Humaniora (JISORA), volumen 7, no 2, 2024, <https://jurnal.fsisipuniga.ac.id/index.php/jisora/article/view/170/140>.

¹⁸ Siehe z.B.: "Incompatibility of National Law and Traditional Law".

¹⁹ Siehe z.B.: "PLN to Build 40-MW Ulumbu Geothermal Power Plant on Flores Island, Indonesia," ThinkGeoEnergy, Juli 2022, <https://www.thinkgeoenergy.com/pln-to-build-40-mw-ulumbu-geothermal-power-plant-on-flores-island-indonesia>.

²⁰ Interview mit einem Menschenrechtsverteidiger (aus Sicherheitsgründen anonym), online durchgeführt von der Coalition for Human Rights in Development im März 2025.

Soziale und ökologische Auswirkungen des Projekts

„Wenn die Bank dieses Projekt weiterhin unterstützt, macht sie sich mitschuldig an der schleichenden Ermordung der Menschen in Poco Leok“

Mitglied der lokalen Gemeinschaft, aus Sicherheitsgründen anonym

Das Leben der indigenen Gemeinschaften der Poco Leok ist untrennbar mit ihrem angestammten Land, ihrer Kultur und ihren traditionellen Institutionen verbunden. Die Ausweitung des Projekts bedroht ihre fünf heiligen „Glaubensgrundsätze“ (*Lampek Lima*), die für ihre traditionelle Lebensweise wesentlich sind: ihre Häuser, Gemeinschaftsräume, heiliges Land, Wasser und rituelle Stätten.²¹ Nach Ansicht von Mitgliedern der lokalen Gemeinschaft gefährdet der Verlust dieser Elemente ihre Lebensweise und zwingt sie dazu, ihre Heimat die Region zu verlassen, was sie „als Sakrileg“ betrachten.²²

Obwohl die indonesische Verfassung das kollektive Recht der Gemeinschaften an ihrem traditionellen Land (Gewohnheitsrecht) schützt,²³

erlaubt die Regierung dem Unternehmen, solches gewohnheitsrechtliches Land illegal zu erwerben und nur einige Einzelpersonen zu entschädigen, die unrechtmäßig individuelles Eigentum an Land beanspruchen.²⁴ Bei dem Landerwerbsprozess wird weder die Partizipation der lokalen Gemeinschaften, insbesondere ihrer Ältesten, noch die Achtung ihrer kollektiven Rechte sichergestellt. Der Verlust von Land wird sich auf ihren Lebensunterhalt auswirken, was vor allem die Frauen trifft, die ihr Ackerland verlieren werden.²⁵

Das Projekt ist auch mit schwerwiegenden Umwelttrisiken verbunden, darunter: Luftverschmutzung (die Bohrstellen liegen in der Nähe von Dörfern), Abholzung von Wäldern, erhöhtes Risiko von Erdbeben und reduzierte Wasserströme, da die Gewinnung von geothermischer Energie mit erheblichen Wasserverbrauch verbunden ist.²⁶

Das Projekt beeinträchtigt auch den Zusammenhalt der Gemeinschaft und führt zu Spaltungen zwischen den verschiedenen lokalen Gemeinschaften, insbesondere zwischen denjenigen, die ihr Land behalten können, und denjenigen, die näher am Baugebiet liegen und stärker betroffen sein werden.²⁷

²¹ Interview mit einem Menschenrechtsverteidiger (aus Sicherheitsgründen anonym), online durchgeführt von der Coalition for Human Rights in Development im März 2025; und „Incompatibility of National Law and Traditional Law“.

²² Interview mit einem Menschenrechtsverteidiger (aus Sicherheitsgründen anonym), online durchgeführt von der Coalition for Human Rights in Development im März 2025.

²³ Siehe: „The 1945 Constitution of the Republic of Indonesia“, article 18 B (par. 2) and article 28 I (par. 3), <https://www.mkri.id/public/content/infoumum/regulation/pdf/uud45%20eng.pdf>.

²⁴ Interview mit einem Menschenrechtsverteidiger (aus Sicherheitsgründen anonym), online durchgeführt von der Coalition for Human Rights in Development im März 2025. Siehe auch: „Incompatibility of National Law and Traditional Law“.

²⁵ Interview mit einem Menschenrechtsverteidiger (aus Sicherheitsgründen anonym), online durchgeführt von der Coalition for Human Rights in Development im März 2025. Siehe auch: „Flores, Indigenous People Protesting Against Geothermal Power Plant Attacked“, *AsiaNews*, November 2023, <https://www.asianews.it/news-en/Flores-indigenous-people-protesting-against-geothermal-power-plant-attacked-59663.html>.

²⁶ In einem Online-Interview, das die Coalition for Human Rights in Development im März 2025 geführt hat, berichteten Mitglieder der Gemeinschaft, dass sie vor Beginn des Projekts im Jahr 2013 Nutzpflanzen angebaut hätten, dies aber aufgrund der Verschmutzung nicht länger möglich sei. Außerdem rosten die Dächer der Häuser wegen der austretenden Gase jetzt schneller. Siehe auch: „Dilemma of Geothermal Development in Flores Manggarai: Blessing or Curse?“, Silfanus Jemadin, *Jurnal Ilmu Sosial Politik dan Humaniora (JISORA)*, volume 7, no 2, 2024, <https://jurnal.fisipuniga.ac.id/index.php/jisora/article/view/170/140>; „Incompatibility of National Law and Traditional Law“; and „Rejection of Poco Leok Residents and Target Net Zero Emissions“, *Kompas.id*, Marsch 2024, <https://www.kompas.id/baca/english/2024/03/30/en-penolakan-warga-poco-leok-dan-target-net-zero-emissions>

²⁷ Interview mit einem Menschenrechtsverteidiger (aus Sicherheitsgründen anonym), online durchgeführt von der Coalition for Human Rights in Development im März 2025, und Informationen, die in einem vertraulichen Bericht der indonesischen zivilgesellschaftlichen Organisation Terranusa veröffentlicht wurden (nachfolgend „In-terner Terranusa-Bericht“). Siehe auch: „Rejection of Poco Leok Residents and Target Net Zero Emissions“, *Kompas.id*, Marsch 30, 2024, <https://www.kompas.id/baca/english/2024/03/30/en-penolakan-warga-poco-leok-dan-target-net-zero-emissions>.

Vergeltungsmaßnahmen

Nach Angaben einer lokalen zivilgesellschaftlichen Organisation waren mindestens 75 Mitglieder der Gemeinschaft und HRD Repressalien ausgesetzt, weil sie sich dem Projekt widersetzt und sich für den Schutz ihres Landes eingesetzt hatten.

Zu den Repressalien gehörten Verleumdungskampagnen, Belästigungen, Einschüchterungen, Drohungen, Verhaftungen, körperliche Angriffe, geschlechtsspezifische Gewalt und Kriminalisierung. Auch einige ehemalige Amtsinhaber der Dörfer wurden eingeschüchtert.²⁸

In dem Gebiet gibt es eine stark Militärpräsenz, und das Projekt wird von Sicherheitskräften/-diensten bewacht. Die Angriffe wurden hauptsächlich von der Polizei des Manggarai-Resorts, der städtischen Polizei (Satpol PP) und in einigen Fällen von der

Armee verübt, die private Interessen verteidigten.²⁹ Die Militärpräsenz schafft ein Klima der Unsicherheit und Angst, insbesondere bei Frauen.³⁰

2023 griffen Sicherheitskräfte gewaltsam Mitglieder der Gemeinschaft an, die sich gegen die Besetzung ihres Landes wehrten.³¹ Die Polizei und Satpol PP schlugen Dutzende von Dorfbewohnern und belästigten Frauen sexuell und körperlich.³² Einige HDR mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Im September 2023 wurden 17 Mitglieder der Gemeinschaft von der Polizei vorgeladen und angeklagt, die Arbeit autorisierter Staatsbeamter behindert zu haben, obwohl einige von ihnen nicht einmal vor Ort gewesen waren.³³

Im November 2023 ging die Polizei im Rahmen einer Protestaktion erneut gewaltsam gegen protestierende Dorfbewohner vor.³⁴

Im Oktober 2024 drangen Sicherheitskräfte mit physischer und psychischer Gewalt in das Gebiet

²⁸ Interner Bericht von Terranusa.

²⁹ Interner Bericht von Terranusa.

³⁰ "Police Beat Up Indonesian Villagers Protesting Thermal Plant," UCA News, Juni 2023, <https://www.ucanews.com/news/police-beat-up-indonesian-villagers-protesting-thermal-plant/101738>; and "Flores Villagers Accuse Police of Beating Them During Protest Against German Bank-Funded Geothermal Project," Floresa.co, Juni 2023, <https://floresa.co/english-story/news/54235/2023/06/22/flores-villagers-accuse-police-of-beating-them-during-protest-against-german-bank-funded-geothermal-project>.

³¹ Ibid.

³² Interview mit einem Menschenrechtsverteidiger (aus Sicherheitsgründen anonym), online durchgeführt von der Coalition for Human Rights in Development im März 2025 und Interner Bericht von Terranusa. Siehe auch: "Police Beat Up Indonesian Villagers Protesting Thermal Plant," UCA News, Juni 2023, <https://www.ucanews.com/news/police-beat-up-indonesian-villagers-protesting-thermal-plant/101738>.

³³ Siehe z.B.: Interner Bericht von Terranusa and "Indonesia: Church Groups Complain Against Police," UCA News, Oktober 2023, <https://www.ucanews.com/news/indonesia-church-groups-complain-against-police/103004>.

³⁴ Siehe z.B.: "Indonesia: Indigenous Community Members Beaten and Arrested for Opposing Geothermal Project in Poco Leok, Flores," FORUM-ASIA, November 2023, <https://asianhrds.forum-asia.org/en/entity/4fcphag1ed0>.

Mangel an aussagekräftigen Konsultationen und informierter Zustimmung

Die Gemeinschaft berichtet, dass weder echte Konsultationen noch ernsthafte Einbeziehung stattgefunden hätten und dass es an Transparenz und Informationen über die Auswirkungen des Projekts gemangelt habe.

Der Kunde der KfW behauptet, für die FPIC 28 Konsultationen durchgeführt zu haben, und dass 80 % der betroffenen Bevölkerung ihre Zustimmung gegeben habe und für die übrigen der FPIC-Prozess noch laufe.³⁹ Die lokalen Gemeinschaften berichten jedoch, diese Behauptungen seien falsch und irreführend.

Konkret berichten für diese Studie befragte HDR, sie haben 2017 an einigen „Sozialisierungsaktivitäten“ teilgenommen, der Prozess sei aus folgenden Gründen jedoch mangelhaft abgelaufen:

- Nur vier von 14 Gemeinschaften genehmigten das Projekt. Die Befürworter des Projekts wohnten entweder weit von der Baustelle entfernt oder besaßen zwar Grundstücke in der Gegend, wohnten aber nicht dort.
- Nicht alle betroffenen Gemeinschaften wurden zur Teilnahme an den Aktivitäten eingeladen.
- Die Treffen fanden weit entfernt von Poco Leok statt.
- Das Unternehmen hielt Informationen über den Umfang des Projekts und seine Risiken zurück.
- Einige Mitglieder sprachen sich gegen das Projekt aus, aber ihre Kommentare wurden nicht beachtet und sie wurden nicht zu den nachfolgenden Konsultationen eingeladen. und
- Das Unternehmen benutzte die Unterschriften einiger Mitglieder der Gemeinschaft auf den Anwesenheitslisten in betrügerischer Weise als Zeichen der Zustimmung. Only in 2022, following a government decree, did the communities understand that this was a geothermal project that would impact their access to communal lands.



Protest in Poco Leok, Indonesien.

³⁹ Interview mit einem Menschenrechtsverteidiger (aus Sicherheitsgründen anonym), online durchgeführt von der Coalition for Human Rights in Development im März 2025; Interner Bericht von Terranusa.



Protest in POCO Leok, Indonesien.

Erst im Jahr 2022, nach einem Regierungsdekret, sei den Gemeinschaften klargeworden, dass es sich um eine Geothermiekraftwerk handelte, das ihren Zugang zu Gemeinschaftsland beeinträchtigen würde.

Die Gemeinschaften berichteten auch über einen Mangel an Transparenz. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts hatten sie weder Zugang zur vollständigen Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung (ESIA) noch zu Informationen über die von der KfW durchgeführte Sorgfaltsprüfung. Das Unternehmen hat die Gemeinschaften nicht angemessen informiert und verweist weiterhin auf Berichte, in denen das Projekt als sicher eingestuft wird, obwohl die Mitglieder der Gemeinschaft Zugang zu einer anderen Machbarkeitsstudie hatten, die von PLN-Beratern erstellt wurde und in der einige der Umweltrisiken erwähnt werden.⁴⁰ Diese mangelnde Transparenz und der fehlende Zugang zu Informationen beeinträchtigen das Vertrauen der Gemeinschaft in das Projekt, behindern das Recht der Gemeinschaft auf eine ernsthafte Partizipation und verhindern, dass sie erfährt, ob die Bank ihre eigenen Schutzmechanismen eingehalten hat.

Im Jahr 2024 beauftragte die KfW nach einer Beschwerde der örtlichen Gemeinschaften ein

Beratungsunternehmen, das eine unabhängige Bewertung durchführte und direkt mit der Gemeinschaft zusammenarbeitete.

Zwei Monate später präsentierte das Beratungsunternehmen den Gemeinschaften seine Ergebnisse im Rahmen einer virtuellen Sitzung, ohne schriftliche Unterlagen zu übermitteln. Der unabhängige Bericht bestätigte das Fehlen von FPIC und empfahl, die Bauarbeiten zu stoppen, bis ein ordnungsgemäßes FPIC-Verfahren durchgeführt wurde.⁴¹ Das Unternehmen führt nun neue Konsultationen durch, aber die Bedenken bleiben bestehen.⁴²

Ein Hauptmangel bei der menschenrechtlichen Sorgfaltsprüfung scheint darin zu bestehen, dass die KfW die Gemeinschaften nicht einbezogen und die vom Unternehmen vor der Projektgenehmigung vorgelegten Informationen nicht unabhängig überprüft hat. Die ernsthafte Einbindung der Interessensgruppen ist zwar keine Garantie dafür, dass keine Repressalien stattfinden, sie ist aber eine Voraussetzung für die Antizipation und Minimierung der Risiken. Der Fall zeigt, dass das Fehlen einer solchen Einbeziehung vor der Projektgenehmigung das Konfliktrisiko erhöht und dazu geführt hat, dass das Risiko von Repressalien nicht bewertet wurde.

⁴⁰ Interner Bericht von Terranusa.

⁴¹ Interview mit einem Menschenrechtsverteidiger (aus Sicherheitsgründen anonym), online durchgeführt von der Coalition for Human Rights in Development im März 2025; Interner Bericht von Terranusa; Siehe auch: "Open Letter to the Government of Indonesia, Perusahaan Listrik Nasional (PT PLN), and KfW Development Bank," *Right Energy Partnership with Indigenous Peoples*, Oktober 2024, <https://rightenergypartnership.org/open-letter-to-the-government-of-indonesia-perusahaan-listrik-nasional-pt-pln-and-kfw-development-bank/>.

⁴² Interner Bericht von Terranusa

Mangelhafte Sorgfaltsprüfung durch die KfW

Die internationale Organisation CIVICUS stuft den zivilen Handlungsraum in Indonesien seit 2018 durchgehend als eingeschränkt ein.⁴³ Lokale und internationale zivilgesellschaftliche Organisationen haben zahlreiche Fälle von Niederschlagung von Protesten und Kriminalisierung von HDR dokumentiert, darunter auch Angriffe auf die Gemeinschaft in Poco Leok.⁴⁴ Dieser breitere politische Hintergrund lässt vermuten, dass ein hohes Risiko besteht, dass für die von dem Projekt betroffenen Gemeinschaften und Einzelpersonen kein sicheres Umfeld für die Partizipation besteht, und dass sie Vergeltungsmaßnahmen ausgesetzt sein könnten.⁴⁵

Mehrere Organisationen indigener Völker, zivilgesellschaftliche Organisationen und Einzelpersonen haben die KfW dringend aufgefordert, ihren Einfluss geltend zu machen, um den Schutz vor weiteren Repressalien zu gewährleisten - denn die Angriffe dauern an - und einen verantwortungsvollen Ausstieg aus dem Projekt einzuleiten. In einem ähnlichen Fall auf der Insel Flores hat die Weltbank die Finanzierung eines Geothermieprojekts aufgrund des Widerstands der Gemeinschaft gestrichen.⁴⁶ Im Gegensatz dazu hat die KfW trotz der anhaltenden Repressalien und des klaren Widerstands gegen das Ulumbu-Kraftwerk im Jahr 2023 einen zusätzlichen Vertrag über 665 Millionen Euro mit der PLE unterzeichnet, „um die Energiewende zu beschleunigen“.⁴⁷



Protest in Poco Leok, Indonesien.

In diesem Fall hätte das Risiko von Repressalien sowohl angesichts der Auswirkungen der ersten Projektphase als auch angesichts des allgemeinen repressiven Umfelds leicht erkannt werden können, die KfW hat es jedoch versäumt, eine angemessene Sorgfaltsprüfung durchzuführen und bestehende Risiken anzugehen. Es gibt keine Hinweise dafür, dass die Bank vor der Genehmigung des Projekts eine unabhängige Prüfung durchgeführt hat. Die verfügbaren Daten deuten darauf hin, dass die Bank mehrere Faktoren ignorierte, die eindeutig auf das Risiko von Repressalien hindeuteten, darunter: das Fehlen von Konsultationen im Vorfeld des Projekts und einer ernsthaften Einbeziehung der betroffenen Gemeinschaften, der starke lokale Widerstand gegen das Projekt und das allgemeine politische Klima.

⁴³ CIVICUS Monitor, CIVICUS, <https://monitor.civicus.org/data/>.

⁴⁴ Siehe z.B.: "Indonesia: Crackdown on Protests, Stifling of Expression, and Repression in Papua Continues in Prabowo's First Four Months in Power", CIVICUS, Februar 2025, <https://monitor.civicus.org/explore/indonesia-crackdown-on-protests-stifling-of-expression-and-repression-in-papua-continues-in-prabowos-first-four-months-in-power/>; "Indonesia: Suppression of Protests and Crackdown on Activism in Papua Persisted Ahead of President Prabowo's Inauguration", CIVICUS, Februar 2025, <https://monitor.civicus.org/explore/indonesia-suppression-of-protests-and-crackdown-on-activism-in-papua-persisted-ahead-of-president-prabowos-inauguration/>; "Indonesia: Activists and Critics Criminalised, Events Disrupted, and Protests Suppressed as Country Holds Elections", CIVICUS, Oktober 2024, <https://monitor.civicus.org/explore/indonesia-activists-and-critics-criminalised-events-disrupted-and-protests-suppressed-as-country-holds-elections/>.

⁴⁵ "Indonesia - Civicus Monitor country page", CIVICUS, <https://monitor.civicus.org/country/indonesia/>.

⁴⁶ Siehe z.B.: "World Bank Pulls Out of Indonesia's Disputed Power Project", UCA News, Oktober 2023, <https://www.ucanews.com/news/world-bank-pulls-out-of-indonesias-disputed-power-project/103057>; and "World Bank Pulls Out of Indonesia's Disputed Power Project", The Examiner, November 2023, <https://www.examiner.org.uk/2023/11/03/world-bank-pulls-out-of-indonesias-disputed-power-project/news/>.

⁴⁷ "PLN Gets Loans From Bank Germany Of IDR 10.7 Trillion For Energy Transition", VOI, March 2023, <https://voi.id/en/economy/259364>.

Mexiko

Ammoniakanlage in Topolobampo

Projekttyp: Ammoniakanlage

Finanzierung: 860 Millionen US-Dollar
Fremdkapital, finanziert von
einem Konsortium lokaler und
internationaler Banken unter der
Führung der KfW IPEX-Bank.

Das Konsortium finanzierte
außerdem Ausrüstungen im Wert
von 390 Millionen US-Dollar, die
allein in Deutschland hergestellt
wurden, sowie Komponenten aus
Europa im Wert von 715 Millionen
US-Dollar.

Kunde: Gas y Petroquímica de Occidente
S.A (GPO)

Repressalien:

- Drohungen
- Physische Gewalt
- SLAPPs

2013

Die GPO kündigt den Bau der Ammoniakanlage in Topolobampo an, Gemeinschaften der Mayo-Yoreme-Indigenen starten den Protest gegen das Projekt

2014

Genehmigung des Projekts durch die Regierung

2015

Gründung des Kollektivs Aquí No (Hier nicht)

2018

Die Gemeinschaften leiten einen Rechtsstreit gegen das Projekt ein

2019

Die Gemeinschaften wenden sich mit ihrem Widerstand gegen das Projekt direkt an die Bank

2020

KfW-IPEX kündigt einen Kredit für den Bau der Anlage an

2022

- Bedrohung und Einschüchterung von Anführern der Gemeinschaft, Entführung eines Anführers
- Nach einem Beschluss von Mexikos Oberstem Gerichtshof finden Konsultationen mit 15 Gemeinschaften statt. Die vier am stärksten betroffenen Gemeinschaften lehnen das Projekt ab, die Regierung erteilt jedoch dennoch eine neue Genehmigung.

2024

Physische Angriffe auf Mitglieder der Gemeinschaft und HRD

2025

Überwachung und SLAPP-Klagen gegen Mitglieder der Gemeinschaft und HRD

Einleitung

Seit Ankündigung des Projekts im Jahr 2013 wehren sich Angehörige von vier Gemeinschaften der Mayo-Yoreme-Indigenen gegen den Bau einer Ammoniakanlage in Topolobampo im Bundesstaat Sinaloa, da diese schädliche Auswirkungen auf die Umwelt und die Gesellschaft hat. Das Projekt, das unter Missachtung des Rechts der indigenen Bevölkerung auf freiwillige und in Kenntnis der Sachlage erteilte vorherige Zustimmung (FPIC) entwickelt wurde, birgt schwerwiegende Gesundheitsrisiken, droht das lokale Ökosystem und die angestammte Kultur der indigenen Gemeinschaften unwiderruflich zu beeinträchtigen und gefährdet die Lebensgrundlage der Fischergemeinschaften und die regionale Wirtschaft.

Mitglieder der indigenen Gemeinschaften, HDR und andere Verbündete, die sich gegen das Projekt wehren, wurden bedroht und waren körperlicher Gewalt und SLAPP-Klagen ausgesetzt.

Die Angriffe wurden hauptsächlich von Mitgliedern der in der Region operierenden organisierten Kriminalität verübt, die häufig private Interessen schützen, sowie von Einzelpersonen, die das Projekt unterstützen.

Über das Projekt

2020 genehmigte die KfW IPEX-Bank eine Kredit in Höhe von 860 Millionen USD an die Proman Holding AG für den Bau einer Düngemittelfabrik zur Produktion und Lagerung von Ammoniak in Topolobampo. 2023 arrangierte die Bank weitere Mittel bis zu einem neuen Gesamtbetrag von 1,5 Milliarden USD.⁴⁸

Das Projekt, das von der mexikanischen Tochtergesellschaft Gas y Petroquímica de Occidente S.A. (kurz GPO) durchgeführt wird, soll täglich 2200 Tonnen Ammoniakgas für die Düngemittelmärkte in Mexiko und den USA produzieren.⁴⁹ Das Projekt umfasst auch eine Pipeline für den Transport von

Erdgas, eine Pipeline für die Wasseraufbereitung und eine Entsalzungsanlage, die alle auf Gelände an der Bucht von Ohuira entstehen sollen.⁵⁰

2012 stellte das Unternehmen einen ehemaligen Senator als Berater ein, der den Vorsitz im Energieausschuss des Senats innehatte. Er schlug vor, das Projekt in Sinaloa durchzuführen, wo sein Sohn als Koordinator für strategische Projekte tätig war.⁵¹ Mit Unterstützung der lokalen und bundesstaatlichen Behörden wurden die Genehmigungen erteilt, ohne dabei die indigenen Gemeinschaften zu konsultieren.

⁴⁸ Siehe z.B.: "Proman Announces Financial Close of \$1.5bn Investment for Anhydrous Ammonia Plant in Topolobampo, Mexico", *Proman*, September 2023, <https://www.proman.org/news/proman-announces-financial-close-of-1-5bn-investment-for-anhydrous-ammonia-plant-in-topolobampo-mexico/>.

⁴⁹ "KfW IPEX-Bank Arranging Project Finance for State-of-the-Art Ammonia Plant in Mexico", *KfW IPEX-Bank*, August 2020, https://www.kfw-ipex-bank.de/Presse/News/Pressemitteilungsdetails_602176-2.html.

⁵⁰ Information available in the project authorization document SGPA/DGIRA/DG/03576, SEMARNAT, April 2014, <https://es.scribd.com/document/762500815/Autorizacion-SGPA-DGIRA-DG-03576>.

⁵¹ "La lucha indígena contra el gigante de amoníaco", *El Universal*, Juli 2022, <https://www.eluniversal.com.mx/nacion/la-lucha-indigena-contra-el-gigante-de-amoniaco/>.

Soziale und ökologische Auswirkungen des Projekts

Die Anlage befindet sich in den Lagunas de Santa María-Topolobampo-Ohuira, einem 22.500 Hektar großen Feuchtgebiet, das als Ramsar-Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung ausgewiesen ist.⁵² Es umfasst drei Küstenlagunen und acht Inseln, auf denen 32 geschützte Vogelarten leben, von denen fünf vom Aussterben bedroht sind.⁵³

Laut einem vom Kollektiv „Aquí No“ erstellten Bericht wird das Projekt zahlreiche ökologische und soziale Auswirkungen haben:⁵⁴

- Am Standort wird Ammoniak, ein hochgefährlicher Stoff, gelagert (75.000 Tonnen) und täglich transportiert (2.200 Tonnen).⁵⁵
- Während der Bauarbeiten kommt es durch das Aufwirbeln von Sedimenten zu Luft- und Wasserverschmutzung.
- Die Geländeaufschüttung wird zum Verlust von Feuchtgebieten und Auen zum Abführen von Hochwasser führen. und

- Die Verwendung von Meerwasser (zwei Millionen Liter/Stunde) zur Kühlung wird die lokalen Wassertemperaturen erhöhen und Chemikalien einbringen, die das Leben im Wasser schädigen.⁵⁶

Diese Auswirkungen werden die lokale Flora und Fauna, insbesondere die Fische, zerstören und die Lebensgrundlage von mehr als 3.000 Mitgliedern von Fischereikooperativen und anderen, die in Bereichen wie Ökotourismus, Kunsthandwerk und Naturschutz tätig sind, bedrohen.⁵⁷ In der von dem Unternehmen in Auftrag gegebenen Umweltverträglichkeitsstudie wird ein hohes Risiko von Ammoniaklecks eingeräumt, die eine giftige Wolke in einem Umkreis von etwa 45 km erzeugen könnten.⁵⁸ Sinaloa ist ein erdbebengefährdetes Gebiet, was das Risiko erhöht.⁵⁹ Eine HAZOP-Risikoanalyse bestätigte, dass bestimmte Zwischenfälle unannehmbare, potenziell tödliche Risiken darstellen.⁶⁰

2018 führte ein ähnlicher Vorfall in einer anderen Anlage in Sinaloa zu Evakuierungen,

⁵² Nach der Ramsar-Konvention, die sowohl von Deutschland als auch von Mexiko ratifiziert wurde, müssen die Vertragsstaaten den Erhalt der als Ramsar-Gebiete anerkannten Feuchtgebiete fördern, indem sie Naturschutzgebiete einrichten und für deren angemessenen Schutz sorgen. Siehe *Convention on wetlands of international importance especially as waterfowl habitat*, UNESCO, article 3 and 4, https://www.ramsar.org/sites/default/files/documents/library/scan_certified_e.pdf.

⁵³ "Consideraciones sobre la construcción de una planta de amoníaco en el sitio Ramsar 2025", *Colectivo Aquí No*. Interner Bericht auf Anfrage erhältlich.

⁵⁴ Die Mitglieder der Gemeinschaft sind bereits mit negativen Auswirkungen konfrontiert, u. a. mit der Zerstörung von etwa 28 Hektar Mangrovenwald (eine nach mexikanischem Recht geschützte Art) und dem Bau einer Betonplattform in der Bucht von Ohuira. Siehe z.B.: "Key Facts About the Controversy Over the Ammonia Plant in Topolobampo", *Son Playas*, November 2021, <https://sonplayas.com/comunidad/datos-clave-sobre-la-controversia-por-la-planta-de-amoniaco-en-topolobampo/>; "The Ammonia Giant and a Town Divided in Resistance", *Son Playas*, Juli 2022, <https://sonplayas.com/medio-ambiente/el-gigante-de-amoniaco-y-un-pueblo-dividido-en-la-resistencia/>; and "Despite Threats, the Struggle for Bahía de Ohuira Will Continue, Says Indigenous Governor", *Son Playas*, September 2022, <https://sonplayas.com/medio-ambiente/pese-a-amenazas-la-lucha-por-la-bahia-de-ohuira-continuara-advierte-gobernador-indigena/>.

⁵⁵ Mexikos Oberster Gerichtshof erkannte in einem Urteil an, dass bei dem Projekt eine Ammoniakmenge gehandhabt wird, welche die gesetzlich zulässige Höchstmenge überschreitet. Siehe: Amparo en Revisión 498/2021, *Suprema Corte de Justicia de la Nación*, April 2022, <https://www2.scjn.gob.mx/ConsultaTematica/Paginas-Pub/DetallePub.aspx?AsuntoID=290025>.

⁵⁶ "Planta de amoníaco al acecho de la Reserva de Topolobampo", *Tribuna de México*, August 2022, <https://tribunademexico.com/planta-de-amoniaco-acecha-topolobampo/>.

⁵⁷ Siehe z.B.: "Consideraciones sobre la construcción de una planta de amoníaco en el sitio Ramsar 2025", *Colectivo Aquí No*, internal report available upon request; Interview mit einem Menschenrechtsverteidiger (aus Sicherheitsgründen anonym), online durchgeführt von der Coalition for Human Rights in Development im März 2025; and "El gigante de amoníaco y un pueblo dividido en la resistencia", *Chiapas Paralelo*, Juli 2022, <https://www.chiapasparalelo.com/noticias/2022/07/el-gigante-de-amoniaco-y-un-pueblo-dividido-en-la-resistencia>.

⁵⁸ Das Unternehmen erkannte an, dass eine Gefahr von Leckagen mit negativen Auswirkungen auf das Ökosystem besteht, die zu einer Unterbrechung der Nahrungskette und der Fischerei führen würden. Siehe: "Datos clave sobre la controversia por la planta de amoníaco en Topolobampo", *Son Playas*, November 2021, <https://sonplayas.com/comunidad/datos-clave-sobre-la-controversia-por-la-planta-de-amoniaco-en-topolobampo/>; and "Hazard and Operability Study (HAZOP) Preliminar, CAPSA Corporativo", Dezember 2013, <https://drive.google.com/file/d/1VBXTBog6BY6Gh756cRodgNCGuaeO5-n/view>.

⁵⁹ Interview mit einem Menschenrechtsverteidiger (aus Sicherheitsgründen anonym), online durchgeführt von der Coalition for Human Rights in Development im März 2025.

⁶⁰ "Hazard and Operability Study", (HAZOP) Preliminar, CAPSA Corporativo, https://drive.google.com/file/d/1Gj_E7OFifEITWaAjpF4Jw7oIH5voATq5/view



Aquí No Collective (Mexico).

Gesundheitsproblemen, dem Tod von Tieren und Unterbrechungen der landwirtschaftlichen Aktivitäten.⁶¹

Das Projekt beeinträchtigt auch die Lebensweise und die kulturellen Rechte der rund 2500 Mitglieder der Maio-Yoreme-Indigenen, die in der Bucht von Ohuira leben und deren Kosmologie und Spiritualität mit der Natur verbunden sind.⁶² Sie verehren „Bahaue Ania“ (die Welt bzw. den Geist des Meeres) und betrachten die Bucht als heilig und als lebenswichtig für die Aufrechterhaltung ihrer Bräuche und ihrer spirituelle Entwicklung.⁶³

Das Projekt verstößt gegen die Ausschlussliste der KfW, die es verbietet, Vorhaben zu finanzieren, die Schutzgebiete erheblich beeinträchtigen, ohne dass eine angemessene, an internationalen Standards orientierte Entschädigung erfolgt.⁶⁴ Sie widerspricht ebenfalls der Nachhaltigkeitsrichtlinie der Bank, die besagt, dass die KfW IPEX-Bank ein Projekt nicht finanzieren wird, wenn es nicht den im internationalen Vergleich angemessenen Umwelt- und Sozialvorschriften des Gastlandes entspricht oder wenn trotz möglicher Schutz- oder Ausgleichsmaßnahmen unannehmbare Umwelt- oder Sozialrisiken bestehen.⁶⁵

⁶¹ "Datos clave sobre la controversia por la planta de amoniaco en Topolobampo," *Son Playas*, November 2021, <https://sonplayas.com/comunidad/datos-clave-sobre-la-controversia-por-la-planta-de-amoniaco-en-topolobampo/>.

⁶² "Pese a amenazas, la lucha por la bahía de Ohuira continuará, advierte gobernador indígena," *Son Playas*, September 2022, <https://sonplayas.com/medio-ambiente/pese-a-amenazas-la-lucha-por-la-bahia-de-ohuira-continuara-advierte-gobernador-indigena/>.

⁶³ "El gigante de amoniaco y un pueblo dividido en la resistencia," *Son Playas*, Juli 28, 2022, <https://sonplayas.com/medio-ambiente/el-gigante-de-amoniaco-y-un-pueblo-dividido-en-la-resistencia>.

⁶⁴ See "Exclusion List of KfW Group," Version 1, 2019, KfW, <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Nachhaltigkeit/Ausschlusslisten-2019/Exclusion-List-2019.pdf>

⁶⁵ "Sustainability Guideline of KfW IPEX-Bank," KfW IPEX-Bank, https://www.kfw-ipex-bank.de/pdf/About-KfW-IPEX-Bank/Social-responsibility/Environmental-and-social-sustainability/2020_10-Nachhaltigkeitsrichtlinie-KfW-IPEX-Bank-2020.pdf.

Vergeltungsmaßnahmen

Die Anlage befindet sich in einer von Gewalt geprägten Region, in der kriminelle Banden und Drogenhändler die Kontrolle haben, die oft mit politischen Führern, lokalen Behörden und Unternehmen zusammenarbeiten.⁶⁶

Die extreme Gewalt in der Region hat zu einer hohen Zahl von Morden und gewaltsamem Verschwindenlassen geführt. Zwischen 2018 und 2024 sind mehr als 6200 Menschen verschwunden, 3164 davon werden noch vermisst, 515 wurden tot aufgefunden.⁶⁷ Das Projekt hat die Spannungen und Risiken, denen die lokalen indigenen Gemeinschaften ausgesetzt sind, noch weiter verschärft.

Im Jahr 2015 gründeten Umweltgruppen, Bürger und Bürgerinnen und Gemeinschaften der Yoreme-

Indigene das Kollektiv „Aquí No“, das sich gegen das Projekt ausspricht. Im Laufe der Jahre haben die Mitglieder des Kollektivs - insbesondere Frauen - Morddrohungen von der organisierten Kriminalität und von Regierungsvertretern erhalten, weil sie sich gegen die Anlage eingesetzt haben.⁶⁸ Um sie einzuschüchtern, haben Mitglieder der organisierten Kriminalität lokale Aktivisten überwacht, sie an der Teilnahme an Treffen der Gemeinschaften gehindert und in einigen Fällen sogar Anführer von Gemeinschaften entführt. Aufgrund dieses Klimas der Angst sahen sich einige HRD und Aktivisten gezwungen, ihre Arbeit aufzugeben. einer wurde gezwungen umzuziehen.⁶⁹

Das Unternehmen hat versucht, die lokalen Gemeinschaften zu spalten, indem es einigen Personen im Gegenzug für ihre Unterstützung Vergünstigungen angeboten hat und irreführende Informationen über das Projekt verbreitet hat.⁷⁰ Dies hat zu Spannungen geführt, den sozialen

⁶⁶ Siehe z.B.: "Elecciones, expansión criminal y guerra en Sinaloa, los ejes de la violencia en México en 2024, revela InSight Crime," *Infobae*, Februar 26, 2025, <https://www.infobae.com/mexico/2025/02/27/elecciones-expansion-criminal-y-guerra-en-sinaloa-los-ejes-de-la-violencia-en-mexico-en-2024-revela-insight-crime/>; and "La guerra de cárteles en Sinaloa extiende el miedo a otros estados del país: 'Se ve menos gente en las calles y los negocios cierran temprano,'" *El País*, September 24, 2024, <https://elpais.com/mexico/2024-09-24/la-guerra-de-carteles-en-sinaloa-extiende-el-miedo-a-otros-estados-del-pais-se-ve-menos-gente-en-las-calles-y-los-negocios-cierran-temprano.html>.

⁶⁷ Ibid.

⁶⁸ Interview mit einem Menschenrechtsverteidiger (aus Sicherheitsgründen anonym), online durchgeführt von der Coalition for Human Rights in Development im März 2025. Siehe auch: "Amenazan a yoremes que se oponen a planta de amoníaco en Sinaloa," *Desinformémonos*, September 2022, <https://desinformemonos.org/amenazan-a-yoremes-que-se-oponen-a-planta-de-amoniaco-en-sinaloa/>; "Indígenas defenderán incluso con la vida territorio en Topolobampo," *La Jornada*, September 022, <https://www.jornada.com.mx/2022/09/26/estados/029n1est>; "Pese a amenazas, la lucha por la bahía de Ohuira continuará, advierte gobernador indígena," *Son Playas*, September 2022, <https://sonplayas.com/medio-ambiente/pese-a-amenazas-la-lucha-por-la-bahia-de-ohuira-continuara-advierte-gobernador-indigena/>; "Amenazas de muerte contra ambientalistas de Topolobampo, Sinaloa," *La Izquierda Diario*, <https://www.laizquierdadiario.com/Amenazas-de-muerte-contra-ambientalistas-de-Topolobampo-Sinaloa>; "Tras amenazas a activista y en rechazo a la consulta sobre el proyecto, marchan en Los Mochis contra planta de amoníaco de Topolobampo," *Noroeste*, <https://www.noroeste.com.mx/norte/tras-amenazas-a-activista-y-en-rechazo-a-la-consulta-sobre-el-proyecto-marchan-en-los-mochis-contra-planta-de-amoniaco-de-topolobampo-EN1609688>; "Entre clientelismo y amenazas de muerte se llevó a cabo consulta sobre planta de amoníaco en Topolobampo," *La Izquierda Diario*, March 2021, <https://www.laizquierdadiario.com/Entre-clientelismo-y-amenazas-de-muerte-se-llevo-a-cabo-consulta-sobre-planta-de-amoniaco-en>; and video "Ante presiones y 'advertencias' de gobierno de Sinaloa, líder indígena deja carta de denuncias", available at: <https://www.youtube.com/watch?v=fbVbnPQ1U3g>.

⁶⁹ Ibid.

⁷⁰ Siehe z.B.: "Pese a amenazas, la lucha por la bahía de Ohuira continuará, advierte gobernador indígena," *Son Playas*, September 28, 2022, <https://sonplayas.com/medio-ambiente/pese-a-amenazas-la-lucha-por-la-bahia-de-ohuira-continuara-advierte-gobernador-indigena/>; and "El gigante de amoníaco y un pueblo dividido en la resistencia," *Son Playas*, Juli 2022, <https://sonplayas.com/medio-ambiente/el-gigante-de-amoniaco-y-un-pueblo-dividido-en-la-resistencia>.

Zusammenhalt beeinträchtigt und die Risiken für HDR erhöht. 2024 griffen Befürworter des Projekts während der Feiern in der Osterwoche Gegner des Projekts physisch an.⁷¹

Das Unternehmen schüchterte die Direktorin des Zentrums für Forschung und Innovation für regionale Entwicklung in Sinaloa ein, indem es einen Brief an ihre Vorgesetzten in Mexiko-Stadt schickte, um sie daran zu hindern, an den Konsultationssitzungen teilzunehmen und die lokalen Gemeinschaften über das Projekt zu informieren.⁷²

Das Unternehmen reichte auch eine SLAPP-Klage gegen Gemeinschaften ein, die gegen die Anlage

protestieren. 2025 entdeckten Mitglieder der Gemeinschaften einen Gerichtsbeschluss, der das Projekt vor zukünftigen Klagen schützt.⁷³

Der mexikanische Staat hat das hohe Sicherheitsrisiko für Anführer der Indigenen, die sich gegen das Topolobampo-Werk wehren, anerkannt und einige von ihnen unter ein Schutzprogramm gestellt.⁷⁴ HRD weisen jedoch darauf hin, dass in einem derart gewalttätigen Umfeld selbst formale Schutzmaßnahmen (z. B. ein Panikknopf oder eine kugelsichere Weste) nicht ausreichen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten.⁷⁵



⁷¹ Interview mit einem Menschenrechtsverteidiger (aus Sicherheitsgründen anonym), online durchgeführt von der Coalition for Human Rights in Development im März 2025.

⁷² Siehe: Letter sent by GPO to the Center for Research and Innovation for Regional Development, September 2022, <https://drive.google.com/file/d/13M8F2zXnxhju-QTWR2mW7ZirxmXbcdj2N/view>.

⁷³ Interview mit einem Menschenrechtsverteidiger (aus Sicherheitsgründen anonym), online durchgeführt von der Coalition for Human Rights in Development im März 2025. HRD erhielten keine Kopie des Gerichtsbeschlusses, wurden aber darauf hingewiesen, dass eine Sicherungsmaßnahme besteht, die alle weiteren Klagen gegen das Werk stoppt. Siehe: Order n PFPA-31.2.2-35.6-0219-24, issued by the Procuraduría Federal de Protección al Ambiente (PROFEPA), November 2024, <https://drive.google.com/file/d/1PWVe3IHlvV8BMPQ59HeX5KnLwFrejDjf/view?usp=sharing>.

⁷⁴ Interview mit einem Menschenrechtsverteidiger (aus Sicherheitsgründen anonym), online durchgeführt von der Coalition for Human Rights in Development im März 2025.

⁷⁵ Interview mit einem Menschenrechtsverteidiger (aus Sicherheitsgründen anonym), online durchgeführt von der Coalition for Human Rights in Development im März 2025.

Fehlen von FPIC und Transparenz

Im Jahr 2014 genehmigte die Regierung das Projekt ohne ordnungsgemäße Konsultationen, ohne das Recht auf FPIC und ohne transparente und zugängliche Informationen über die ökologischen und sozialen Auswirkungen. Sowohl das Unternehmen als auch die Regierung präsentierten lediglich die versprochenen Vorteile des Projekts. Die Gemeinschaften wurden sich der Risiken erst voll bewusst, als sie von der lokalen CSO „Consejo Ciudadano de Ecología“ gewarnt wurden.⁷⁶

Bislang ist nur die Umweltverträglichkeitsprüfung öffentlich zugänglich. Andere von den Geldgebern in Auftrag gegebene Studien wurden nicht veröffentlicht. Dieser Mangel an Transparenz macht es Gemeinschaften, HRD und CSO unmöglich zu beurteilen, ob die Bank ihre eigenen Richtlinien einhält, und davon, Abhilfe zu verlangen. Außerdem behindert er die Partizipation und verhindert die rechtzeitige Identifikation möglicher Auswirkungen, so dass diese angegangen und gemildert werden können.

2018 reichten drei Gemeinschaften Klage gegen die Regierung ein wegen:

- Genehmigung der Anlage ohne FPIC der betroffenen Gemeinschaften.
- Beeinträchtigung ihrer kollektiven Rechte auf Zugang, Nutzung, Genuss und Erhaltung ihres Territoriums und ihrer natürlichen Ressourcen.
- Verletzung ihres Recht auf eine gesunde Umwelt und Wohlbefinden, das in der mexikanischen Verfassung verankert ist.

Der Oberste Gerichtshof des Landes setzte den Bau des Kraftwerks vorsorglich aus und erkannte 2022

ihr Recht auf eine in Kenntnis der Sachlage erteilte vorherige Zustimmung an, widerrief die Genehmigung für das Projekt und wies das Umweltministerium und die Nationale Kommission für die Entwicklung der indigenen Völker an, Konsultationen mit den lokalen indigenen Gemeinschaften durchzuführen.⁷⁷

Zwischen Juli und September 2022 wurden 15 Gemeinschaften konsultiert. Das Verfahren war jedoch erneut mangelhaft. Nur diejenigen, die weit entfernt von der Anlage wohnen und nicht direkt betroffen sein würden, stimmten dem Projekt zu. Die vier am stärksten betroffenen Gemeinschaften (Paredones, Ohuira, Lázaro Cárdenas und Juan José Ríos) lehnten das Projekt ab, ihre Bedenken hinsichtlich der schädlichen Auswirkungen der Anlage wurden jedoch nicht berücksichtigt. Nur einen Tag nach Abschluss der Konsultationen erteilte die Regierung eine neue Genehmigung.⁷⁸

2024 entschied ein Gericht, dass die Behörden das frühere Urteil befolgt hatten, die Gemeinschaften klagten jedoch erneut, um das Projekt zu stoppen, wobei sie schwerwiegende Unregelmäßigkeiten wie die Durchführung nicht genehmigter Aktivitäten in der föderalen maritimen Landzone und an den Stränden der Bucht von Ohuira geltend machen.⁷⁹

Die ernsthafte Einbindung der Interessensgruppen ist zwar keine Garantie dafür, dass keine Repressalien stattfinden, sie ist aber eine Voraussetzung für die Antizipation und Minimierung der Risiken. Diese Fallstudie zeigt, wie das Fehlen einer ernsthaften Einbeziehung der betroffenen Gemeinschaften vor Genehmigung des Projekts und das Fehlen der FPIC den Konflikt verstärkte und dazu führte, dass das Risiko von Repressalien nicht bewertet und gemindert wurde.

⁷⁶ "El gigante de amoníaco y un pueblo dividido en la resistencia," *Son Playas*, Juli 2022, <https://sonplayas.com/medio-ambiente/el-gigante-de-amoniaco-y-un-pueblo-dividido-en-la-resistencia>.

⁷⁷ Amparo en Revisión 498/2021, *Suprema Corte de Justicia de la Nación*, April 2022, <https://www2.scjn.gob.mx/ConsultaTematica/PaginasPub/DetallePub.aspx?AsuntoID=290025>

⁷⁸ "Document SRA/DGIRA/DG-05042-22", *Dirección General de Impacto y Riesgo Ambiental (DGIRA)*, Oktober 2022, <https://apps1.semarnat.gob.mx:8443/dgiraDocs/documentos/sin/resolutivos/2018/25SI2018I0078.pdf>.

⁷⁹ Interview mit einem Menschenrechtsverteidiger (aus Sicherheitsgründen anonym), online durchgeführt von der Coalition for Human Rights in Development im März 2025; Siehe auch: "Se despeja el camino para la planta de amoníaco en Topolobampo", *Debate*, August 2024, [Se-despeja-el-camino-para-la-planta-de-amoniaco-en-Topolobampo-20240827-0010.html](https://www.derechos.org/nizkor/argentina/doc/2024/08/24-se-despeja-el-camino-para-la-planta-de-amoniaco-en-topolobampo-20240827-0010.html).

Mangelhafte Sorgfaltsprüfung durch die KfW IPEX-Bank

Die gesammelten Daten deuten darauf hin, dass die KfW IPEX-Bank es versäumt hat, eine angemessene menschenrechtliche Sorgfaltsprüfung durchzuführen, und dass sie eine Reihe kritischer Faktoren außer Acht gelassen hat, darunter:

- Verstoß gegen das Recht auf FPIC.
- Mangel an Konsultationen oder ernsthafter Einbeziehung der betroffenen Gemeinschaften.
- Offener Widerstand gegen das Projekt und rechtliche Schritte, um es zu stoppen, und
- Von Gewalt geprägter politischer und sozialer Hintergrund, einschließlich der Präsenz von organisierter Kriminalität.⁸⁰

All diese Risikofaktoren, die umfassend dokumentiert sind und die den Geldgebern bekannt gewesen sein müssen, weisen eindeutig auf ein hohes Risiko von Repressalien hin. Die KfW IPEX-Bank hat diese Risiken jedoch nicht berücksichtigt.

Als die Bank 2020 die Finanzierung genehmigte, hatten die Gemeinschaften bereits eine Klage eingereicht, um das Projekt zu stoppen, und hatten sich öffentlich dagegen ausgesprochen. Im Jahr 2019 wandte sich ein Vertreter einer der gegen das Projekt

kämpfenden Organisationen per E-Mail an die Bank und argumentierte, dass der Standort für die Anlage nicht geeignet sei, da es sich um ein Schutzgebiet und eine bereits von Degradation betroffene Zone handele, in der unter erhöhtem Druck die Fischfangaktivitäten wegbrechen könnte.⁸¹ Die Organisationen äußerten auch Bedenken wegen möglicher Unregelmäßigkeiten und Korruption beim Genehmigungsverfahren des Projekts sowie wegen der fehlenden öffentlichen Konsultationen. Die Bank erklärte daraufhin, dass das Projekt ihren Standards und Anforderungen entsprechen muss, dass alle Projekte im Rahmen der Darlehensprüfung einer strengen Prüfung unterzogen werden und dass die ökologischen und sozialen Maßnahmen von einem unabhängigen Berater überwacht werden.⁸² Hinsichtlich der Korruptionsvorwürfe erklärte die Bank, es gebe keine Hinweise auf betrügerische Geschäftspraktiken.⁸³

Die Gemeinschaften haben auch ein Schreiben an die deutsche Botschaft gerichtet, aber keine Antwort erhalten.⁸⁴ Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass die Bank vor der Genehmigung der Finanzierung eine unabhängige Bewertung der Situation vorgenommen oder das Menschenrechtsrisiko des Projekts - insbesondere im Zusammenhang mit Sinaloa - ordnungsgemäß analysiert hat. Die KfW IPEX-Bank hat es versäumt, projektbezogene Risiken zu erkennen und zu behandeln, insbesondere das Risiko von Repressalien gegen HRD, die sich gegen das Kraftwerk stellen.

⁸⁰ Siehe z.B.: "Disappearances Double in Sinaloa Amid Mexican Cartel Rift," BBC News, Dezember 5, 2024, <https://www.bbc.com/news/articles/cdr0dg4g11do>; and "Estas son las cifras oficiales de homicidios y desapariciones en la ola de violencia en Sinaloa," *El Sol de Sinaloa*, Dezember 31, 2024, <https://oem.com.mx/elsoldesinaloa/local/estas-son-las-cifras-oficiales-de-homicidios-y-desapariciones-en-la-ola-de-violencia-en-sinaloa-20929471>.

⁸¹ Interview mit einem Menschenrechtsverteidiger (aus Sicherheitsgründen anonym), online durchgeführt von der Coalition for Human Rights in Development im März 2025, und E-Mails an KfW vom 5. Februar 2019, 23. April 2019 und 8 Mai 2019 (werden auf Anfrage bereitgestellt).

⁸² Response to the complainant, sent via email on behalf of the Complaints Office, on 17 Mai 2019.

⁸³ Ibid.

⁸⁴ "El colectivo 'Aquí No' protesta en embajada alemana por financiamiento a planta de amoniaco," *Ríodoce*, November 2022, <https://riodoce.mx/2022/11/22/el-colectivo-aqui-no-protesta-en-embajada-alemana-por-financiamiento-a-planta-de-amoniaco/>.

Tansania

Graphitmine Epanko in Mahenge

Projekttyp: Graphitabbau

Finanzierung: KfW IPEX-Bank (Dienste zu Beratung, Strukturierung und Arrangierung zu Erhalt und Deckung von Finanzmitteln in Höhe von bis zu 105 Millionen USD)

Kunde: EcoGraf

Repressalien:

- Einschüchterung
- Verhaftungen

März 2025

Die tansanische Regierung erteilt EcoGraf für Epanko eine spezielle Bergbaulizenz (SML) für 25 Jahre

2023

Die KfW IPEX-Bank wird von EcoGraf beauftragt, das aktualisierte Minenprojekt zu unterstützen

2016

Verhaftung von zwei Mitgliedern der Gemeinschaften nach einer Sitzung über Landnutzungsänderungen im Zusammenhang mit dem Minenprojekt

2015

Die KfW IPEX-Bank beginnt Beratungsdienste zur Erschließung der Epanko-Mine zu leisten



Bildnachweis: EcoGraf

Einleitung

Im November 2023 beauftragte das australische Unternehmen EcoGraf die KfW IPEX-Bank mit der Arrangierung von Finanzmitteln und der Deckung von Krediten für die Entwicklung des Graphitabbauprojekts Epanko in der Region Mahenge in Tansania (Distrikt Morogoro).⁸⁵

Graphit ist ein wichtiges Mineral, das in Batterien für Elektrofahrzeuge und zur Speicherung erneuerbarer Energien verwendet wird. Da sich der Wettlauf um kritische Mineralien beschleunigt, versucht Tansania, das über 5 % der weltweiten Graphitreserven verfügt, sich als wichtiger globaler Lieferant zu positionieren. Nach Angaben des Ministeriums für Mineralien wird Epanko „Afrikas größtes entwickungsbereites Graphitabbauprojekt werden und die strategische Rolle Tansanias bei der globalen Energiewende stärken.“⁸⁶

Die lokalen Gemeinschaften erhofften sich von dem Projekt wirtschaftliche Vorteile. Sie wurden jedoch

über die Entschädigungs- und Umsiedlungspläne im Unklaren gelassen, und viele Dorfbewohner sind besorgt über den Verlust ihrer Lebensgrundlagen und das Fehlen einer ernsthaften Einbeziehung. Bisher wurden Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Projekt ohne angemessene Konsultationen getroffen, und diejenigen, die Fragen oder Bedenken geäußert haben, waren Repressalien ausgesetzt, darunter Einschüchterungen und Verhaftung.

Wie auf der Website des Unternehmens und in verschiedenen Zeitungsartikeln zu lesen ist, schließt die KfW IPEX-Bank derzeit ihre Sorgfaltsprüfung und die Kreditgenehmigungsverfahren ab. Auf die Frage nach der Rolle der KfW bei der Unterstützung des Projekts und dem aktuellen Stand des Vorhabens lehnte ein Vertreter der KfW eine Stellungnahme mit der Begründung ab, es sei der Bank „rechtlich untersagt, potenzielle oder bestehende Einzelengagements offen zu legen.“⁸⁷

⁸⁵ According to EcoGraf, the agreement includes the provision of “import credit cover” (UFK Cover) from the Federal Republic of Germany and the arrangement of a “senior debt facility” (UFK Tranche) of up to US\$105 million. “UFK cover” refers to an United Loan Guarantee provided by the German Federal Government, to support projects that are strategically important for securing long-term supply of critical raw materials to Germany.

⁸⁶ Linked In post from the Ministry of Minerals, Tanzania, March 2025 https://www.linkedin.com/posts/wizara-ya-madini-tanzania_tanzaniamining-graphite-clean-energy-activity-7302623957214457857-ssXe/

⁸⁷ E-mail correspondence between KfW and Coalition for Human Rights in Development, July 2025.

Über das Projekt

Wie aus mehreren Zeitungsartikeln und der Website des Unternehmens hervorgeht, berät die KfW IPEX-Bank EcoGraf (ehemals Kibaran)⁸⁸ seit fast einem Jahrzehnt bei der Erschließung der Epanko-Mine.⁸⁹ Bereits im Oktober 2015 gab das Unternehmen bekannt, dass die KfW IPEX-Bank ein förmliches Mandat unterzeichnet hat, um „Beratungs- und Strukturierungsdienste in Bezug auf die zuvor angekündigte UFK-Deckung [Bundesgarantien für ungebundene Finanzkredite] zu leisten und, vorbehaltlich einer Sorgfaltsprüfung, ein erstes Senior-Darlehen von bis zu 40 Millionen USD zu prüfen.“⁹⁰

Im November 2023 erhielt die KfW IPEX-Bank erneut das Mandat, Finanzmittel für das aktualisierte Projekt unter der Voraussetzung zu arrangieren, dass die Sorgfaltsprüfung und die Kreditgenehmigungen zufriedenstellend ausfallen.⁹¹ Die Bank wurde insbesondere damit beauftragt, eine Kreditdeckung (UFK-Deckung) sicherzustellen und ein Darlehen von bis zu 105 Millionen US-Dollar (UFK-Tranche) zu arrangieren.⁹² Laut Epanko liegt bereits eine positive Vorabgenehmigung des interministeriellen Ausschusses der Bundesregierung vor.⁹³

Deutschland hat großes Interesse an dem Epanko-Projekt gezeigt, Gründe dafür sind die wachsende Nachfrage nach Batterien für Elektrofahrzeuge und die Notwendigkeit einer Diversifizierung der Graphitbeschaffung von China, das über die größten Reserven der Welt verfügt, aber strenge Ausfuhrbeschränkungen eingeführt hat. Im Oktober 2023 lud der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier EcoGraf während seines Besuchs in Tansania zu Gesprächen ein und unterstrich damit das große Interesse Deutschlands an dem Erfolg dieses Projekts.

Im Juni 2025 gab EcoGraf bekannt, die Europäische Union prüfe im Rahmen ihrer Bemühungen, ihre kritischen Mineralienlieferketten zu stärken, auch eine Unterstützung des Graphitprojekts Epanko. Die EU ist insbesondere an der Finanzierung verbundener Infrastruktur-Projekte interessiert (z. B. einen direkten Straßenkorridor von Mahenge zum Hafen von Dar Es Salaam über das Handelszentrum Ifakara).⁹⁴

⁸⁸ EcoGraf Limited is an Australia-based integrated battery anode materials developer. Until December 2019, it was known as Kibaran Resources Limited. In 2023, it incorporated Duma TanzGraphite Limited, creating a joint venture to develop and operate the Epanko project. EcoGraf holds an 84% stake in Duma TanzGraphite while the government owns a 16% free-carried interest. Siehe: "Tanzania signs \$667m of deals to develop rare earth and graphite projects", Mining Technology, December 2023, <https://www.mining-technology.com/news/tanzania-deals-rare-earth-graphite/?cf-view>

⁸⁹ On paper, in order to access KfW IPEX-Bank support, Epanko's mine is being developed according to the Equator Principles. EcoGraf claims that an Independent Engineers' Review completed in 2017 confirmed "compliance with International Finance Corporation Performance Standards and the World Bank Group Environmental, Health and Safety Guidelines". In 2025, the company announced an updated environmental and social planning.

⁹⁰ "Epanko: Ready to go, ready to grow", Kibaran, https://www.ecograf.com.au/wp-content/uploads/2025/01/1275_0_ASXAnnouncements_InvestorPresentationAugust2016.pdf.

⁹¹ "KfW IPEX-Bank Mandated for UFK Loan of up to US\$ 105 (A\$160m) for Development of Epanko", 29 November 2023, Listcorp, <https://www.listcorp.com/asx/egr/ecograf-limited/news/kfw-ipex-bank-mandated-for-ufk-loan-of-up-to-us-105m-2963962.html>.

⁹² The UFK program is provided by the Federal Republic of Germany to incentivise the development of key projects that can provide a long-term supply of critical minerals for German industry. Subject to satisfaction of credit criteria, under this program can access long-term loan funding and financial flexibility.

⁹³ "EU Explores support for Epanko Development", Ecograf, June 2025, <https://www.ecograf.com.au/wp-content/uploads/2025/06/2908997.pdf>.

⁹⁴ "EU Considers Infrastructure Funding to Accelerate EcoGraf's Epanko Graphite Project in Tanzania", Tanzania Invest, July 2025, <https://www.tanzaniainvest.com/mining/eu-support-epanko-graphite-project>.

Soziale und ökologische Auswirkungen des Projekts

Es wird geschätzt, dass über 1000 Haushalte von dem Projekt betroffen sein werden, 165 davon sollen umgesiedelt werden, die anderen eine Entschädigung erhalten.

Doch bisher wurden die Dorfbewohner im Unklaren gelassen, es gibt keine klare Informationen über die Entschädigung, auf die sie Anspruch haben, oder darüber, wohin - und wann - sie umgesiedelt werden. Das Projekt bedroht auch die sozialen und kulturellen Rechte der dort ansässigen Personen, viele werden gezwungen sein, das Land zu verlassen, auf dem ihre Vorfahren begraben sind.

Einigen Menschen wurden neue Häuser versprochen, aber der Bau hat noch nicht begonnen. In dem ausgewiesenen Gebiet, in das ursprünglich umgesiedelt werden sollte, wurden neue Explorationsstudien für Bergbauprojekte durchgeführt, und die geplante Umsiedlung wurde gestoppt. Außerdem dürfen die Dorfbewohner in der Zeit, in der sie auf ihre Umsiedlung warten, nichts auf ihrem Land bauen oder entwickeln.

Dorfbewohner haben auch über Umweltauswirkungen im Zusammenhang mit den Erkundungsarbeiten zur Vorbereitung des Bergbaus berichtet, darunter die Verschmutzung von Wasserquellen und die Zerstörung von Nutzpflanzen, um Straßen zu bauen und Platz für den Bergbau zu schaffen.



Bildnachweis: EcoGraf



Vergeltungsmaßnahmen

Lokale Aktivisten und HRD berichten von einem weit verbreiteten Klima der Angst in der Region. Aufgrund der Interessen, die auf dem Spiel stehen, riskiert jeder, der Fragen stellt oder Bedenken zu Bergbauangelegenheiten äußert, verhaftet zu werden. Außerdem ist die Polizei häufig bei Treffen mit Bergbauunternehmen anwesend, was zu einem allgemeinen Gefühl der Unsicherheit und Angst beiträgt, das die Meinungsfreiheit einschränkt.

2016 organisierte der Regionalkommissar ein Treffen, um die Gemeinschaft über die Landnutzungsänderung zu informieren, da das Gebiet des Dorfes Epanko dem Graphitabbauprojekt zugewiesen worden war.

Zwei Mitglieder der Gemeinschaft, die sich über die Abwesenheit des Dorfvorsitzenden während der Sitzung beschwerten und sich nach der

Entschädigung für die umgesiedelten Familien erkundigten, wurden beschuldigt, die Sitzung gestört zu haben, und festgenommen. Sie wurden drei Monate lang festgehalten, einer von ihnen unter der falschen Anschuldigung der „Verschwörung zur Zerstörung einer Brücke“.

Lokale Aktivisten berichten auch von anderen Repressalien, darunter willkürliche Verhaftungen von Bauern, die sich über die Zerstörung ihrer Ernten während Arbeiten zur Minenexploration beschwert haben.

Soziale und ökologische Auswirkungen des Projekts

Die lokalen Gemeinschaften haben über die lokalen Medien von dem Engagement der KfW IPEX-Bank erfahren. Die Bank hat jedoch keine Informationen über ihre Beteiligung an dem Projekt veröffentlicht, obwohl EcoGraf angibt, dass sie seit 2015 Beratungsdienste und andere Formen der Unterstützung geleistet hat. Die lokalen Gemeinschaften haben über die lokalen Medien von dem Engagement der KfW IPEX-Bank erfahren. Die Bank hat jedoch keine Informationen über ihre Beteiligung an dem Projekt veröffentlicht, obwohl EcoGraf angibt, dass sie seit 2015 Beratungsdienste und andere Formen der Unterstützung geleistet hat.

Die von dem Projekt betroffenen Menschen haben darüber hinaus weder Zugang zu Informationen über die ökologischen und sozialen Risiken und die Auswirkungen des Projekts noch zu den verfügbaren Mechanismen der Rechenschaftspflicht.

Da die KfW IPEX-Bank derzeit den Sorgfaltsprüfung- und Bewertungsprozess abschließt, wie das Unternehmen berichtet, geben die fehlende Einbeziehung der betroffenen Gemeinschaften und die mangelnde Transparenz besonderen Anlass zu Bedenken. Angesichts der früheren Fälle von Repressalien und des weit verbreiteten Klimas der Angst ist diese Phase von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass die betroffenen



Gemeinschaften und HRD sichere und ernsthafte Möglichkeiten erhalten, Bedenken vorzubringen, Zugang zu Informationen zu erhalten und ihre Forderungen vorzubringen. Die KfW IPEX-Bank hat es jedoch bisher versäumt, auf sichere und wirksame Weise mit der lokalen Bevölkerung in Kontakt zu treten, Informationen bereitzustellen und Repressalien zu verhindern.



Empfehlungen

Empfehlungen

In diesem Abschnitt werden die wichtigsten Empfehlungen dargelegt, die auf Grundlage der Erkenntnisse aus den drei Fallstudien und der Analyse der Richtlinien erarbeitet wurden und von der KfW umgesetzt werden sollten, um ihre Sorgfaltspflichten besser wahrzunehmen und Abhilfe- und Rechenschaftsmechanismen sicherzustellen. Dies ist unerlässlich, um schädliche Auswirkungen auf die Menschenrechte, insbesondere Repressalien, zu verhindern und zu bekämpfen.^a

Diese Empfehlungen, die nicht alle Aspekte behandeln, bauen auf früheren kollektiven und umfassenden Arbeiten zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht und den Risiken von Repressalien auf, die von der Coalition for Human Rights in Development und der Defenders in Development Campaign koordiniert wurden.⁹⁵

Die KfW sollte...

1. Klare Richtlinien für die Bewertung des Risikos von Vergeltungsmaßnahmen, deren Prävention und die Reaktion darauf entwickeln und umsetzen.
2. Den von den Projekten betroffenen Personen relevante und zugängliche Informationen über die Projekte offenlegen.
3. Mechanismen einrichten zur unabhängigen Überprüfung der Einhaltung der Schutzmaßnahmen in Bezug auf Partizipation und FPIC.

Das BMZ - , das die Aufsicht über die KfW - hat, sollte:

4. Einen wirklich unabhängigen und soliden Mechanismus zur Rechenschaftspflicht einrichten.

⁹⁵ "Uncalculated Risks: Threats and attacks against human rights defenders and the role of development banks," *Coalition for Human Rights in Development*, Mai 2019, <https://rightsindevelopment.org/uncalculated-risks/>;

"Unhealthy Silence: Development banks' inaction on retaliation during COVID-19", *Coalition for Human Rights in Development*, ARTICLE 19 and IFEX, Juli 2021, <https://rightsindevelopment.org/unhealthy-silence/>; "Wearing Blinders: how development banks are ignoring reprisal risks", *Coalition for Human Rights in Development*, Juni 2022, <https://rightsindevelopment.org/wearing-blinders/>; and "Misplaced Trust: Why development banks should not rely on their clients to address reprisal risks", *Coalition for Human Rights in Development*, Juli 2023, <https://rightsindevelopment.org/misplaced-trust/>.

1. Repressalien

Die KfW und ihre Tochtergesellschaften sollten Richtlinien, Protokolle und Leitlinien entwickeln und umsetzen, die regeln, wie das Risiko von Repressalien vor der Projektgenehmigung zu bewerten und zu mindern ist und wie auf Repressalien zu reagieren ist, wenn sie eintreten. Diese Regelungen sollten spezifisch und klar sein und in Absprache mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, insbesondere solchen, die auf die Sicherheit von HDR spezialisiert sind, sowie mit Gruppen, die von Repressalien im Rahmen von Entwicklungsprojekten betroffen sind, ausgearbeitet werden.

Regelungen in Bezug auf Repressalien sollten deutlich klarstellen:

1. dass die Bank keinerlei Repressalien gegen diejenigen duldet, die ihre Projekte kritisieren oder ablehnen. Außerdem sollte die Bank darauf hinweisen, dass sie keine Investitionen durchführen wird, wenn sie nicht sicherstellen kann, dass die betroffenen Gemeinschaften ihre Bedenken sicher, wirksam und ohne Angst vor Repressalien - auch durch Aussetzung oder Streichung von Auszahlungen - vorbringen können;
2. die Schritte und Bestandteile der KfW-eigenen Sorgfaltsprüfungen zur Beurteilung von länder- und projektspezifischen Risiken für Repressalien. und
3. wie die Bank auf Vorfälle von Repressalien im Zusammenhang mit ihren Projekten reagieren wird.

Die Bewertung des Repressalienrisikos sollte:

- von der Bank im Rahmen der Risikoklassifizierung des Projekts unabhängig durchgeführt werden und sich nicht ausschließlich auf die vom Kunden bereitgestellten Informationen stützen.
- Kontextbezogene Risiken einbeziehen, wie z. B. das Umfeld für die Beteiligung der Öffentlichkeit, Beschränkungen des zivilen Handlungsraums, die das Recht auf freie Meinungsäußerung beeinträchtigen, Muster von Angriffen und Kriminalisierung von Verteidigern und Journalisten sowie Korruption.
- Projektspezifische Risiken berücksichtigen wie z. B. die Menschenrechtsbilanz des Kunden, sektorale Risiken, lokale Konflikte, Landbesitzfragen, Repressalien in der Region, Marginalisierung lokaler Gemeinschaften und den Einsatz von Sicherheitskräften.
- Beurteilen, ob das Projekt indigene Völker und andere marginalisierte Gruppen wie Frauen und Menschen mit Behinderung betrifft, die möglicherweise besonders gefährdet sind.
- Berichte unabhängiger nationaler und internationaler zivilgesellschaftlicher Organisationen, von UN-Vertragsorganen sowie von regionalen und internationalen Menschenrechtsmechanismen prüfen.
- In Absprache mit den vom Projekt betroffenen Gemeinschaften, Menschenrechts-

organisationen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für bürgerliche und politische Rechte einsetzen, und Journalistenorganisationen entwickelt werden, um Konsultationen ohne Furcht vor Repressalien zu gewährleisten.

- Relevante Korruptionsvorwürfe und -fälle bewerten, die das Risiko von Repressalien gegen Informanten erhöhen könnten.
- Sorgfaltsprüfungen zu Durchführungsstellen und Unternehmen - einschließlich anderer Unternehmen desselben Konzerns -

durchführen, um deren Erfolgsbilanz und laufende oder frühere Rechtsstreitigkeiten zu bewerten, die auf Konflikte mit Gemeinschaften oder das Risiko von Vergeltungsmaßnahmen hindeuten könnten (z. B.: SLAPP-Klagen, Kriminalisierung, Landstreitigkeiten und Gewaltvorfälle).

Anforderungen an Protokolle zur Reaktion auf Repressalien:

- Ermittlung der Prozesse und spezifischen Verfahren, welche die Bank anwenden wird, um auf Repressalien im Zusammenhang mit ihren Projekten zu reagieren.
- Angabe von Kontaktstellen und Maßnahmen, welche die Bank ergreifen kann, um ihre Einflussmöglichkeiten zum Schutz der von Repressalien betroffenen HDR zu nutzen (z.B. einschließlich Mechanismen zur Anpassung der Auszahlungspläne).
- Beschreibung von Maßnahmen zur Unterstützung und Abhilfe für Opfer von Repressalien.
- Aktivierung von Soforthilfe in Hochrisikofällen, um den Schutzbedarf von Menschen mit Behinderung unverzüglich zu decken.
- Sicherstellen, dass die Bank mit denjenigen, die mit Repressalien konfrontiert sind, auf sichere Weise Kontakt aufnimmt, um angemessene Reaktionen festzulegen, damit sie nicht weiter gefährdet werden.
- Die Bank muss Repressalien im Zusammenhang mit den von ihr finanzierten oder in Erwägung gezogenen Projekten proaktiv und öffentlich anprangern, nachdem sie die Zustimmung der betroffenen Personen eingeholt hat.
- Die Bank muss sich verpflichten, die Arbeit von HRD und ihre wesentliche Rolle für die Entwicklung öffentlich zu bestätigen und zu unterstützen.

2. Transparenz

Da die KfW im öffentlichen Auftrag handelt, sollte dem Grundsatz der maximalen Offenlegung folgen. Alle relevanten Projektinformationen sollten veröffentlicht werden, sofern dies nicht gegen gesetzliche Vertraulichkeitsbestimmungen verstoßen oder berechnigte Interessen gefährden würde. Insbesondere sollte die KfW:

- Auf ihrer Website folgende Informationen veröffentlichen: Umwelt- und Sozialbestimmungen der Finanzierungsverträge und alle Dokumente zum Projekt und den Risikominderungsmaßnahmen, den genauen Standort des Projekts, die Endbegünstigten der vermittelten Finanzierungen sowie die Bewertungen von sozialen und ökologischen Auswirkungen, die Ergebnisse der Konsultationen der Interessengruppen, die Projektbeurteilung durch die Bank und Berichte über die Umsetzung des Projekts.
- Sicherstellen, dass die betroffenen Gemeinschaften leichten Zugang zu den für eine ernsthafte Einbeziehung erforderlichen Informationen haben, auch durch Bereitstellung von Informationen in den lokalen Sprachen.
- Die proaktive und rechtzeitige Veröffentlichung vollständiger und detaillierter Informationen auf ihrer Website über alle Projekte sicherstellen, die sie in Erwägung zieht (Vorschlagsphase) oder bereits finanziert, einschließlich derjenigen, die von privaten Akteuren durchgeführt werden. Die Zustimmung des Kunden zur proaktiven Veröffentlichung solcher Informationen auf der Website der KfW sollte eine Voraussetzung dafür sein, die Finanzierung eines Projekts zu erwägen.
- Auf der KfW-Website klar und deutlich offenlegen, welche sozialen und ökologischen Schutzmaßnahmen sie bei jedem ihrer Projekte anwendet und welche internen Verfahren sie einsetzt, um die Einhaltung der Vorschriften im Rahmen ihrer Projekte zu gewährleisten.

3. Erfüllung der Schutzmechanismen

Die Verfahren der KfW für die Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung (ESIA) und die entsprechenden Pläne für Umwelt- und Sozialmanagement (ESMP) sollten Bestimmungen enthalten, die:

- Interessenkonflikte zwischen dem Kunden und dem für die ESIA und den ESMP zuständigen Berater der Bank verhindern. und
- Die Abhängigkeit von den vom Kunden zu den ökologischen und sozialen Auswirkungen bereitgestellten Informationen erheblich verringern.

4. Partizipation

Die Bank sollte ihre Anstrengungen dabei verstärken, die Öffentlichkeitsbeteiligung sicherzustellen, indem sie:

- Eine direkte Aufsicht über die Öffentlichkeitsbeteiligung bei Projekten der Kategorien A und B sicherstellt, insbesondere wenn die Zustimmung von indigenen Völkern erforderlich ist oder wenn gefährdete Gruppen zu den betroffenen Gemeinschaften gehören. und
- Unabhängige überprüfen, ob die vom Projekt betroffenen Gruppen angemessen über das Projekt und seine sozialen und ökologischen Auswirkungen informiert wurden und ob sie die Möglichkeit zur Partizipation hatten und bei Bedarf Einwände gegen das Projekt vorbringen konnten.

5. Rechenschaftspflicht

Darüber hinaus sollte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das die Rechtsaufsicht für die KfW ausübt, ein unabhängiges Beschwerdesystem einrichten, das den Empfehlungen des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik entspricht.⁹⁶ Das System sollte alle Beschwerden von Projektbetroffenen gegenüber staatlichen Stellen und allen beteiligten Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit, einschließlich der KfW, behandeln.

Das System sollte im Rahmen eines Konsultationsprozesses entwickelt werden, an dem Durchführungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Organisationen und die von den Projekten betroffenen Gemeinschaften beteiligt sind. Für die KfW sollte der Beschwerdemechanismus Folgendes umfassen:

- Strenge Bestimmungen, die sicherstellen, dass der Beschwerdemechanismus wirklich unabhängig ist.
- Eine Anforderung an die KfW, alle Akteure klar und proaktiv über den Mechanismus und dessen Funktionsweise zu informieren.
- Ein Mandat, das sowohl Investitionen des öffentlichen als auch des privaten Sektors umfasst.
- Bestimmungen, die es möglich machen, dass eine Aussetzung von Projekten empfohlen wird, wenn die Risiken für Repressalien von der KfW oder deren Kunden nicht angemessen berücksichtigt werden. und
- Umfassende Verfahrensregeln für die Offenlegung relevanter Informationen zur Stärkung der Transparenz unter Berücksichtigung der Vertraulichkeitsanforderungen zur Gewährleistung der Sicherheit von Beschwerdeführern und Projektbetroffenen.

⁹⁶ 2022 veröffentlichte das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), das das BMZ durch Evaluierungsarbeit unterstützt, eine Evaluierung der Umsetzung des Menschenrechtsansatzes in den bilateralen Projekten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, einschließlich der von der KfW finanzierten Projekte. Siehe: "Human Rights in German Development Policy," *German Institute for Development Evaluation (DEval)*, Dezember 2022, https://www.deval.org/fileadmin/Redaktion/PDF/05-Publikationen/Berichte/2022_Menschenrechte_Teil_2/2022_DEval_Report_HumanRights2_EN.pdf.

A person wearing a white lab coat is shown from the side, sorting through a large stack of papers. The papers have various colored tabs (yellow, green, blue, orange) sticking out. The person's hands are visible, and they are holding one of the papers. The background is a solid light blue color.

Annex A

Annex A

Dieser in englischer Sprache vorliegende Anhang enthält einen kurzen Überblick über wesentliche Aspekte der Richtlinien der KfW Bankengruppe zu Umwelt- und Sozialaspekten sowie über die spezifischen Richtlinien von KfW Entwicklungsbank, KfW IPEX-Bank und DEG. Insbesondere untersuchen wir, wie diese Strategien die wichtigsten Aspekte im Zusammenhang mit den Verpflichtungen der Bank zur Achtung, Schutz und Einhaltung der Menschenrechte im Rahmen ihrer Investitionen regeln.

Analysis of KfW Group's policies

In the following section, we analyze KfW Group's policies related to human rights; environmental and social risk management; participation; stakeholder engagement and FPIC; and accountability. These policies also apply to its units and subsidiaries: KfW Development Bank, KfW IPEX-Bank and DEG.

Human rights

In April 2023, KfW issued a new ["Policy statement of KfW and its subsidiaries' on human rights and on its human rights strategy"](#), which replaced a 2008 version.⁹⁷ The policy – which also applies to all subsidiaries – recognizes the responsibility to fulfil human rights obligations, both internationally and domestically. It also states that the Bank's mandate cannot be fulfilled without the "implementation and promotion of civil, political, economic, social and cultural human rights."⁹⁸

In this policy, referencing the various international and national legislation listed above, KfW affirms that:

- It protects and respects international human rights within its sphere of influence and employs appropriate procedures to exclude its participation in human rights violations;

- It is committed to actively supporting the implementation of international human rights; and
- It contributes to the realisation of human rights and uses its influence to strengthen human rights awareness and set a good example through its own actions.

The KfW Group also commits not to finance projects that are likely to lead to unacceptable social or environmental risks (including human rights risks), in case these cannot be prevented or minimized.⁹⁹

⁹⁷ KfW human rights policy.

⁹⁸ KfW human rights policy, Section 1.

⁹⁹ KfW human rights policy, Section 5.4.

Reprisal risk assessment, prevention and response

The KfW Group does not have any specific policy on how to identify reprisal risks, prevent reprisals, or address them. Its policies refer to the World Bank Group standards, but it is unclear to what extent this also applies to the statements and guidelines on reprisals adopted by the World Bank and the IFC.¹⁰⁰ The IFC's performance standards, however, state that

meaningful stakeholder engagement “must be free of external manipulation, interference, coercion or intimidation”, and that “clients cannot retaliate against workers who participate or seek to participate in workers' organizations and collective bargaining, or against those who raise concerns through the grievance mechanisms.”¹⁰¹

Environmental and social standards

In its human rights policy, KfW indicates that its projects are subject to an environmental and social impact assessment (ESIA) “in accordance with international standards” and that it is committed to promoting human rights as an integral part of its business processes, management practice, and strategic decision-making.

The human rights policy further states that “wherever relevant, KfW also takes into account the Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) Guidelines for Multinational Enterprises, the IFC Performance Standards, the World Bank's Environmental and Social Standards, the Equator Principles, and the EDFI Group's human rights principles.”¹⁰² All projects must also comply with the environmental, social and human rights requirements applicable in the country of operation.¹⁰³

Additionally, the guidelines indicate that:

- There is an exclusion list covering a number of high-risk sectors (e.g. coal power or weapons

manufacture), as well as specific environmental guidelines for emission-intensive sectors, to ensure compatibility of financing with the Paris climate target.¹⁰⁴

- Protection of human rights is an integral part of the ESIA, in order to “prevent violations of human rights standards in the best possible way and to identify and analyse potential and actual effects of KfW's actions on human rights in advance and at an early stage”.
- KfW pays “special attention during risk identification and analysis” to “vulnerable and disadvantaged groups such as women, Indigenous communities, children and people with disabilities [who] are often particularly affected by human rights violations”.

¹⁰⁰ Both the World Bank and IFC have stand-alone statements on reprisals, and the IFC even has guidance for private sector actors on addressing reprisal risks. Since KfW's human rights policy states they follow IFC Performance Standards and World Bank Environmental and Social Standards, it is unclear if these also apply. It is also worth noting that there are no specific protocols in the World Bank Group policies either on due diligence to assess and mitigate reprisal risks, or on reprisal response. See: “World Bank Commitments Against Reprisals,” *World Bank*, March 2020, <https://www.worldbank.org/en/projects-operations/environmental-and-social-framework/brief/World-bank-commitments-against-reprisals>; and “Position Statement on Retaliation Against Civil Society and Project Stakeholders,”

IFC, October 2018, <https://www.ifc.org/content/dam/ifc/doc/2023/201810-ifc-position-statement-on-reprisals-en.pdf>.

¹⁰¹ “Performance Standards on Environmental and Social Sustainability”, Performance Standards 2 (par. 14 and 20), IFC, 2012, <https://www.ifc.org/en/insights-reports/2012/ifc-performance-standards>.

¹⁰² “Environmental and Social Appraisal and Sustainability Guideline,” KfW, <https://www.kfw.de/nachhaltigkeit/About-KfW/Sustainability/Strategie-Management/Umwelt-Sozialverträglichkeitsprüfungen/>.

¹⁰³ KfW human rights policy, Section 4.

¹⁰⁴ “Sector Guidelines – Steering KfW's New Financing Activities According to the Targets of the Paris Climate Agreement,” KfW, <https://www.kfw.de/nachhaltigkeit/About-KfW/Sustainability/Strategie-Management/Sustainable-Finance/Sector-guidelines/>.

Bangalore metro: Transparency à la KfW

KfW Development's transparency requirements fall short of those of other major DFIs, as the standards are weak and there are no clear guidelines on what type of information must be disclosed.

The Bangalore metro project in India, for example, is co-financed by KfW Development Bank¹⁰⁵ and three other DFIs: the Asian Development Bank (ADB)¹⁰⁶, the Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB)¹⁰⁷ and the European Investment Bank (EIB).¹⁰⁸ All four institutions have recognised that this project carries high environmental and social risks (including resettlement) and have required environmental impact assessments (EIAs) and corresponding management plans.

These documents, along with other relevant project documents, are available on the websites of the three other DFIs. ADB and AIIB also provide the contact names and email addresses of the project leads.

On its website, KfW only states that relevant plans and studies were carried out, with no links to further information or indication of where these documents can be found. It also does not include relevant project dates (e.g. date of approval or signing). Ironically, the only link available is to a "transparency" email address. EIAs are available on the KfW project partner's webpage, but there is no clarity on whether any of them refer to the specific project financed by KfW.¹⁰⁹

¹⁰⁵ "Bangalore Metro Phase 2 (Fök)," KfW Entwicklungsbank, Project No. 66244, <https://www.kfw-entwicklungsbank.de/ipfz/Projektdatenbank/Bangalore-Metro-Phase-2-F%C3%B6k-66244.htm>.

¹⁰⁶ "Bengaluru Metro Rail Project (Line R6)," Asian Development Bank, Project No. 53326-001, <https://www.adb.org/projects/53326-001/main>.

¹⁰⁷ "India: Bangalore Metro Rail Project – Line R6," Asian Infrastructure Investment Bank, Project No. 000038, <https://www.aiib.org/en/projects/details/2017/approved/India-Bangalore-Metro-Rail-Project-Line-R6.html>.

¹⁰⁸ "Bangalore Suburban Railway Project," European Investment Bank, Project No. 20220637, <https://www.eib.org/en/projects/pipelines/all/20220637>.

¹⁰⁹ "Documents," Bangalore Metro Rail Corporation Ltd., <https://english.bmrc.co.in/documents/>.

Participation and FPIC

KfW human rights policy indicates that the plans to prevent, address and mitigate environmental and social risks should take into account “the perspective of the parties concerned.”¹¹⁰ Additionally, all international standards referenced in the policy indicate the need to guarantee the right to participation. The World Bank and IFC

standards, which KfW’s human rights policy refers to, also include clear provisions for FPIC of Indigenous Peoples. In the KfW policy, however, there are no explicit references to stakeholder participation, stakeholder engagement, or the right to FPIC of Indigenous communities.

Complaints procedures

In its human rights policy, the KfW Group states that anyone who feels negatively affected can submit a complaint (verbally, by post, or via the online complaint form) and that the Bank should “immediately and appropriately investigate any indications of possible adverse effects on human rights and the environment, in connection with the actions of KfW or its business partners”.¹¹¹ It also states that complaint mechanisms should be “accessible, fair, transparent, balanced and

predictable,” and designed in accordance with international human rights standards and the requirements of the German Supply Chain Due Diligence Act.¹¹²

In cases of alleged criminal offences, it is possible to report concerns through the Compliance Whistleblower System or to an external Ombudsperson.

Transparency

In its policy, KfW indicates that the Bank “provides the greatest possible transparency about its work,” and that it “reports regularly on the impact of its activities on human rights and the implementation of this statement in a transparent, understandable manner.”¹¹³

¹¹⁰ KfW human rights policy, Section 5.4.

¹¹¹ KfW human rights policy, Section 6.

¹¹² Ibid.

¹¹³ KfW human rights policy, Section 8.

Analysis of KfW Development Bank's policies

In the following section, we analyse KfW Development Bank's policies related to human rights; environmental and social risk management; participation; stakeholder engagement and FPIC; and accountability.

Human rights

KfW Development Bank's Sustainability Guideline states that the Bank supports the implementation of human rights in its business operations.¹¹⁴ It also notes that the Bank, when assessing environmental and social impacts, should also assess human rights risks, following the guidelines of the German Federal Ministry of Economic Cooperation and Development (BMZ).¹¹⁵

If the project is located in areas with critical human rights risks, or if the project might lead to conflicts that could significantly harm human rights (e.g.: conflicts over the use of resources), the Bank requires a detailed Human Rights Impact Assessment (HRIA) and additional measures to ensure human rights are upheld".¹¹⁶

Environmental and social risk management

The 2024 KfW Development Bank Sustainability Guideline establishes criteria and procedures to assess and manage environmental, social and climate impacts. In particular, it sets procedures for the internal Environmental and Social Due Diligence (ESDD), which include:

- A requirement to comply with relevant national laws, as well as the Environmental and Social Standards of the World Bank Group and its operational policies;¹¹⁷
- Preliminary screening to categorize the project and determine if an in-depth ESDD is required;¹¹⁸ and

- Criteria to assign risk categories (except for projects implemented through financial intermediaries), along with relevant procedures to address the different risks.¹¹⁹

Risk assessment and management procedures for different project categories are as follows:

- For all Category A, B+ and B projects (moderate to high risk), an in-depth ESDD is required;¹²⁰
- Category A (high risk) and B+ (substantial risk): an independent ESIA study and an Environmental and Social Management Plan (ESMP) are mandatory;

¹¹⁴ "Sustainability Guideline," (hereinafter, *KfW Development Bank Sustainability Guideline*), Section 1.3, KfW Development Bank, https://www.kfw-entwicklungsbank.de/PDF/Download-Center/PDF-Dokumente-Richtlinien/Nachhaltigkeitsrichtlinie_EN.pdf.

¹¹⁵ "Human Rights Strategy for German Development Policy," BMZ, April 2024, <https://www.bmz.de/resource/blob/209208/bmz-menschenrechtskonzept-a4-en.pdf>.

¹¹⁶ KfW Development Bank Sustainability Guideline, Section 4.3.8.

¹¹⁷ KfW Development Bank Sustainability Guideline, Section 4.2.2.

¹¹⁸ KfW Development Bank Sustainability Guideline, Section 4.1.4.

¹¹⁹ KfW Development Bank Sustainability Guideline, Section 4.3.2. The Guideline classifies the risk as high (A), substantial (B+), moderate (B) or low (C). Additionally, it indicates which projects are financed through financial intermediaries with the category FI.

¹²⁰ KfW Development Bank Sustainability Guideline, Section 4.4.1.

- Category B (moderate risk): a case-specific evaluation determines the scope, priorities and extent of the ESIA.¹²¹

The client is responsible for providing the relevant information for the risks and impact assessment, but KfW Development Bank can discretionarily request information from the executing agency, and carry out further investigations.¹²²

For projects resulting in significant loss of livelihood and/or involuntary resettlement, the Bank requires a stand-alone Livelihood Restoration Plan, a Resettlement Action Plan or a Resettlement Policy Framework.¹²³

The policy also states that if there are adverse environmental or social impacts/risks “which cannot be mitigated or modified to an acceptable level and no adequate offset can be envisaged,” or if the project does not comply with local legal regulations, it will not be eligible for funding.¹²⁴

Participation, stakeholder engagement and FPIC

The Sustainability Guideline indicates that the ESDD should have a participatory approach to involve project-affected people and ensure public disclosure.¹²⁵ In particular:

- The ESIA process, both during the scoping phase and the presentation of the report, requires engagement and consultations with affected persons, community representatives, stakeholders, cooperatives, NGOs, etc.¹²⁶
- During consultations, held by the executing agency, participants should be allowed to express their views and concerns about the project’s risks, impacts and proposed

mitigation measures.¹²⁷

- The ESDD should follow the BMZ’s human rights guidelines to assess human rights impacts. In cases where the rights of Indigenous Peoples are affected, the ESDD must ensure FPIC, in line with World Bank and IFC policies.¹²⁸

¹²¹ KfW Development Bank Sustainability Guideline, Section 4.3.5.

¹²² KfW Development Bank Sustainability Guideline, Sections 4.4.1 and 4.4.5.

¹²³ KfW Development Bank Sustainability Guideline, Section 4.4.3.

¹²⁴ KfW Development Bank Sustainability Guideline, Section 4.4.6.

¹²⁵ KfW Development Bank Sustainability Guideline, Section 4.1.4.

¹²⁶ KfW Development Bank Sustainability Guideline, Section 4.9.

¹²⁷ Ibid.

¹²⁸ KfW Development Bank Sustainability Guideline, Section 4.2.3.

Accountability

KfW Development Bank hosts a Central Complaints Office within its Compliance Unit, which can receive complaints via an online form in English or German.¹²⁹

This mechanism is not designed to assess non-compliance with the Bank's policies or to provide remedy for adverse impacts. Instead, it serves as a platform where complainants can "express negative perceptions and criticism so that the

Bank can track concerns, respond to them, and explore possible improvements."¹³⁰ There are no requirements regarding its independence. As such, due to an inherent conflict of interest, the mechanism may not offer an adequate platform to investigate or remedy non-compliance with human rights obligations.

Transparency

KfW Development Bank has a Transparency Portal – available only in German – where it discloses limited information about its projects: a short project description, risk category (since 2019), and a brief summary of the ESDD results (since 2020).¹³¹ BMZ, in turn, publishes information on its own Transparency Portal about all financial cooperation (including KfW Development Bank-funded projects) "in accordance with the standards

of the International Aid Transparency Initiative".¹³² The executing agency is also required to disclose relevant information and a non-technical summary of the environmental and social assessment in an accessible, timely, and culturally appropriate manner.¹³³

¹²⁹ Section 6.3.1, KfW Development Bank Sustainability Guideline. See also information on KfW's web page: <https://www.kfw-entwicklungsbank.de/International-financing/KfW-Development-Bank/Service/Complaints/>.

¹³⁰ KfW Development Bank Sustainability Guideline, Section 6.3.1

¹³¹ KfW Development Bank Sustainability Guideline, Section 7.1.

¹³² KfW Development Bank Sustainability Guideline, Section 7.2.

¹³³ KfW Development Bank Sustainability Guideline, Section 4.9.

Analysis of KfW IPEX-Bank's policies

In October 2020, KfW IPEX-Bank issued its new Sustainability Guideline, outlining its mission statements, human rights requirements, and procedures for managing social and environmental risks (including human rights).¹³⁴ To conduct environmental and social assessments, KfW IPEX-Bank relies on the Equator Principles and the environmental and social requirements of the OECD Common Approaches as binding frameworks, as well as the IFC Performance Standards for certain projects.¹³⁵

Human rights

KfW IPEX-Bank's Sustainability Guideline commits to protecting and fulfilling international human rights, in line with KfW Group's human rights policy and international standards such as the UN Guiding Principles on Business and Human

Rights.¹³⁶ The Bank also commits to respecting human rights "by acting with due diligence to prevent, mitigate and manage adverse human rights impacts".¹³⁷

Assessment of environmental and social impacts

When assessing projects' environmental and social risks, KfW IPEX-Bank bases most of its analysis on information provided by the client. Based on a set of criteria, the Bank assigns each project a risk category: A (high-risk), B (medium-risk) or C (low-risk). Each risk category triggers a different type of assessment.¹³⁸

- Category A projects require an environmental and social impacts assessment (ESIA), which also considers climate and human rights impacts. As part of this ESIA, the Bank evaluates the client's and project's environmental and social management system.¹³⁹

- For Category B projects, the scope and priorities of the assessment are defined on a case-by-case basis.¹⁴⁰
- For Category C, the only requirement is the existence of the client's environmental and social management system.

The guidelines also indicate that:

- For category A and B projects, an "independent" expert assists the Bank in reviewing the ESIA and the associated environmental and social management plan prepared by the client and compiles a review report.¹⁴¹ In consultation

¹³⁴ "Sustainability Guideline of KfW IPEX-Bank," (hereinafter, *KfW IPEX-Bank Sustainability Guideline*), KfW IPEX-Bank, Section 0.2, https://www.kfw-ipex-bank.de/pdf/About-KfW-IPEX-Bank/Social-responsibility/Environmental-and-social-sustainability/2020_10-Nachhaltigkeitsrichtlinie-KfW-IPEX-Bank-2020.pdf.

¹³⁵ KfW IPEX-Bank Sustainability Guideline, Section 0.4 and 3.5.1.

¹³⁶ KfW IPEX-Bank Sustainability Guideline, Section 1.

¹³⁷ KfW IPEX-Bank Sustainability Guideline, Appendix II.

¹³⁸ KfW IPEX-Bank Sustainability Guideline, Sections 3.2.1.1, 3.2.1.2 and 3.2.1.3.

¹³⁹ KfW IPEX-Bank Sustainability Guideline, Section 3.2.1.1.

¹⁴⁰ KfW IPEX-Bank Sustainability Guideline, Section 3.2.1.2.

with this expert, the Bank assesses whether specific IFC Performance Standards should apply (e.g. in the case of projects affecting Indigenous Peoples).¹⁴²

- In countries with well-developed environmental and social regulations, national standards are used as the benchmark.¹⁴³ In other countries, World Bank Group standards apply in addition to local regulations.¹⁴⁴

- If the assessment finds that the project does not comply with national or international standards, or that the risks cannot be adequately mitigated, the Bank will not finance it.¹⁴⁵

Participation, stakeholder engagement and FPIC

According to the Sustainability Guideline, the client's environmental and social management system should also cover stakeholder engagement.¹⁴⁶ During the internal ESIA, the Bank should assess whether document disclosures and stakeholder participation – conducted by relevant authorities or third parties – are carried out “in a culturally and linguistically sensitive way”.¹⁴⁷

The Guideline states that FPIC is required for any project that risks harming Indigenous Peoples (e.g. through violations of land rights, restricted access to resources, resettlement, or harm to cultural heritage or identity).¹⁴⁸ If FPIC is not secured, the Bank may “define further measures in consultation with the independent expert.”¹⁴⁹

141 In the Guideline the definition for “independent expert” is unusually broad (i.e. someone “who has not been directly involved in preparations for the project on behalf of the client”) and leaves the door open to serious conflicts of interest. See: KfW IPEX-Bank Sustainability Guideline, Section 3.4.1.

142 KfW IPEX-Bank Sustainability Guideline, Section 3.5.1.

143 This applies to the high-income OECD countries as well as other “Designated Countries” in accordance with Equator Principle 3. See: KfW IPEX-Bank Sustainability Guideline, Section 3.5.1.

144 Standards derived from European Union environmental legislation may also be applied. In case of doubt, the Competence Centre for Environmental and Social Compatibility clarifies the extent to which the relevant legal and institutional framework of international requirements is fulfilled. KfW IPEX-Bank also takes into account – if relevant – the results of international initiatives such as the World Commission on Dams and the sectoral guidelines of KfW Group in their currently applicable form. See: KfW IPEX-Bank Sustainability Guideline, Sections 3.5.1 and 3.5.3.

145 KfW IPEX-Bank Sustainability Guideline, Section 5.2.1.

146 KfW IPEX-Bank Sustainability Guideline, Section 2.2.

147 KfW IPEX-Bank Sustainability Guideline, Section 3.4.3 and 5.4.3.

148 KfW IPEX-Bank Sustainability Guideline, Section 3.4.5.

149 KfW IPEX-Bank Sustainability Guideline, Section 3.4.5.

Transparency

The Guideline states that the Bank may not share any non-public project information with third parties without prior consent from the relevant stakeholders. It is the client's responsibility to provide project information.¹⁵⁰ The client's consent is also required for the project name to be disclosed to the Equator Principles Association for publication on its website.¹⁵¹ For Category A

projects, as well as category B with occasional significant environmental and social impacts, the client must publish an online summary of the environmental and social compatibility study and report annual greenhouse gas emissions if above a certain threshold.¹⁵²

Accountability

The policy does not establish any independent mechanism for filing complaints regarding non-compliance with social and environmental safeguards, laws, regulations, and or human rights. The Guideline only requires that, during the project term for category A projects – and, as appropriate, Category B projects with significant environmental and social effects– the client must “establish a process to receive grievances from employees and the affected general public.”¹⁵³

In addition to this client-led grievance process, established in the Guideline, according to the Rules of Procedure applicable to KfW's subsidiaries, complaints related to potential human rights and environmental risks or breaches of duty can also be submitted directly to the Bank. These are handled by each unit or subsidiary, under the supervision of KfW's Central Evidence Unit.¹⁵⁴

¹⁵⁰ KfW IPEX-Bank Sustainability Guideline, Section 5.4.1.

¹⁵¹ KfW IPEX-Bank Sustainability Guideline, Section 4.

¹⁵² KfW IPEX-Bank Sustainability Guideline, Section 4.

¹⁵³ KfW IPEX-Bank Sustainability Guideline, Section 5.3.3.

¹⁵⁴ "Rules of Procedure: KfW Complaints Procedure: (LkSG)," KfW, <https://www.kfw-ipex-bank.de/pdf/Other/LkSG/LkSG-Verfahrensordnung.pdf>

Analysis of DEG's policies

DEG's "Guideline for environmental and social sustainability" outlines a set of principles that the Bank must follow.¹⁵⁵ In addition to national and international standards, the Guideline states that the Bank uses as benchmarks the Conventions of the International Labour Organisation (ILO) and the Environmental and Social Standards of the European Development Finance Institutions (EDFI).¹⁵⁶ The EDFI principles incorporate the IFC Performance Standards and the World Bank Group's Environmental, Health and Safety Guidelines.¹⁵⁷

While DEG's Guideline does not contain explicit commitments to uphold human rights principles or norms, and makes no references to potential human rights impacts of DEG-funded projects, However, as the DEG Guideline references international norms and EDFI standards, the Bank should comply with human rights obligations, including the UN Guiding Principles on Business and Human Rights.

Assessment of environmental and social impacts

Formulated as a set of vague principles, the DEG Guideline does not establish specific procedures or frameworks governing its investments, nor does it specify the obligations of the Bank and its clients have to ensure compliance with the environmental and social standards.

- DEG indicates that it uses international standards to assign a risk category to each project, which determines the required scope and type of assessment. For complex and large projects, there is an external independent monitoring process and DEG carries out regular on site-visits.¹⁵⁸
- Through its adoption of the EDFI Principles for Responsible Financing, DEG also:
- expects project partners to thoroughly analyze the ecological and social impacts of co-financed projects;¹⁵⁹
- supports the implementation and advancement of environmental protections and social standards and ensures they are enforced;¹⁶⁰ and
- exerts its influence over project companies and supports them in achieving compliance with international standards.¹⁶¹

¹⁵⁵ "DEG Guideline for Environmental and Social Sustainability," (hereinafter, *DEG Sustainability Guideline*), DEG, <https://www.deginvest.de/Impact-climate-focus/A-guide-to-our-standards/DEG-Guideline-for-environmental-and-social-sustainability/>.

¹⁵⁶ In certain cases, standards of the environmental law of the European Union can also serve as reference. See: DEG Sustainability Guideline, Section 3.

¹⁵⁷ EDFI institutions adopted a set of commitments in the "EDFI Principles for Responsible Financing of Sustainable Development" and on harmonized environmental and social standards, including requirements for environmental and social due diligence, which refer to the IFC Performance Standards as their primary practical reference, as well as to the UNGPs, ILO Core Labour Standards and ILO Basic Terms and Conditions of Employment. See: Policy Positions Shared by European DFIs, EDFI, <https://edfi.eu/policies-shared-by-european-dfis/>.

¹⁵⁸ "Environmental and Social Management," DEG Impact Report, DEG, 2022, <https://www.deg-impactreport2022.de/environmental-social-management-en>.

¹⁵⁹ "Principles for Responsible Financing of Sustainable Development," (hereinafter, *EDFI Principles*), EDFI, Section 5, https://edfi.eu/wp-content/uploads/2024/10/EDFI-Responsible-Financing-SDG_Principles_final_190515-1.pdf.

¹⁶⁰ EDFI Principles, Section 4.

¹⁶¹ DEG Sustainability Guideline, Section 3.

Participation, stakeholder engagement and FPIC

The Guideline states that DEG expects project partners to provide adequate information to affected people and consult with them, but makes no specific references to Indigenous Peoples or their right to FPIC.¹⁶² However, through its incorporation of the EDFI Principles, the Bank

commits to “encourage companies to establish an open dialogue with their stakeholders about the environmental and social impacts of their activities.”¹⁶³

Accountability

DEG has its own Independent Complaints Mechanism (ICM), which aims to ensure that people adversely affected by its projects can resolve disputes with DEG’s clients, and strengthen the implementation of DEG’s policies and procedures.¹⁶⁴ The mechanism includes an Independent Expert Panel composed of three

experts with environmental, social, legal and financial backgrounds, and is supported by DEG employees working at the Complaints Office. The ICM is a joint initiative with the FMO–Netherlands Development Finance Company and the French Development Finance Institution –Proparco.

Transparency

According to its Sustainability Guideline, DEG publishes an annual review of the results of its work, including compliance with relevant environmental and social guidelines.¹⁶⁵ However, there are no specific requirements regarding the type of project information that must be included in this review.

According to DEG’s Disclosure Policy, the Bank is expected to publish some basic information about each project on its website, including: the name

of the customer, the country or region, economic sector, contract date, volume of DEG’s financing, risk category, a link to the company’s website, a summary of the environmental and social action plan (in the case of land related investments), a short description of the investment, its main impacts, and the reasons why DEG is financing the project.¹⁶⁶

¹⁶² DEG Sustainability Guideline, Section 5.

¹⁶³ EDFI Principles.

¹⁶⁴ The mechanism is a joint initiative with the FMO–Netherlands Development Finance Company and the French Development Finance Institution–Proparco. See: “Complaint Mechanism,” DEG, <https://www.deginvest.de/%C3%9Cber-uns/Verantwortung/Beschwerdemanagement/index-2.html>.

¹⁶⁵ DEG Sustainability Guideline, Section 6.

¹⁶⁶ “Disclosure Policy,” DEG, 2022, <https://www.deginvest.de/Über-uns/Verantwortung/Disclosure-policy/>.